

## Ostmärkische Tageszeitung

## Anzeiger für Stadt und Land



(Thorne Presse)

Verlagstag täglich abends mit Auschluss der Sonn- und Festtage. — Bezugspreis für Thorn Stadt und Vorstädte frei ins Haus vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 75 Pf., von der Geschäfts- und den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 1,80 Mk., monatlich 60 Pf., durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr 2,00 Mk., mit Bestellgebühr 2,42 Mk. Einzelnummer (Belageemplar) 10 Pf.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 15 Pf., für Stellenangebote und Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 10 Pf., für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Ostens und durch Vermittlung 15 Pf.) für Anzeigen mit Plakatschrift 25 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 1 Uhr mittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4.  
Fernsprecher 57  
Telegraphen-Adresse: „Presse, Thorn.“

Thorn, Donnerstag den 3. März 1910.

Druck und Verlag der E. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinz Wartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einwendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einwendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Bei Einwendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einwendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

### Sicherheitsmaßnahmen gegen Straßendemonstrationen.

Die Vorgänge, die sich nach Schluss der Wahlrechtskundgebungen im Zirkus Busch am letzten Sonntag vor dem königlichen Schlosse abgepielt haben, geben der freikonserватiven „Post“ Veranlassung zu folgenden Ausführungen:

„Im Interesse der allgemeinen Ordnung sind mehr Sicherheitsmaßnahmen zu fordern, als sie am Sonntag aufgegeben worden sind. Es kommt garnicht darauf an, daß die enormen Volksmassen, wie sie aus solchen Versammlungen auf die Straße geführt werden, sich einmal oder zweimal in einer gewissen Ordnung, ohne weitere Zwischenfälle vorwärtsbewegen. Man muß vielmehr ständig mit der Wirkung der unangesehener weiter betriebenen Agitation rechnen, die schließlich die Leidenschaften der Menge eines Tages so erregt, daß es selbst ihren Führern nicht mehr möglich sein wird, ernste Ausschreitungen auf der Straße zu verhindern. Dann ist das Unglück da! Wenn es gestern dem Tribunen Naumann gelungen ist, die Menge zum Schloß zu führen, so kann das am nächsten Sonntag auch Herrn Brand aus Mannheim gelingen. Und schließlich wird es ein beliebter Sonntagsport der sozialistischen und demokratischen Vereinsleiter werden, ihre Massen nach dem königlichen Schlosse zu führen und so den großstädtischen Verkehr der Reichshauptstadt zeitweise lahm zu legen. Daß diese Terrorisierung durch eine politische Minderheit nicht zu einer regelmäßigen Sonntagsbelustigung des Berliner Mobs werde, dafür müssen umfassende Maßnahmen getroffen werden. Diese Spielerei mit Straßendemonstrationen ist ein gefährliches Spiel, weit gefährlicher, als wenn Kinder mit dem Feuer spielen. Und deshalb erwarten wir im Interesse der ruhigen, politischen reifen Bürgerschaft von Berlin, die es verschmäht, ihrerseits die Freiheit des Verkehrs zu mißbrauchen, daß alle die Maßnahmen getroffen werden, die nötig sind, um ähnliche Demonstrationen, wie sie in den letzten Wochen wiederholt stattgefunden haben, zu verhindern.“

Die konservative „Kreuztg.“ und die „Dtsch. Tagesztg.“ bringen eine Notiz, wonach die Berliner Sozialdemokratie für nächsten Sonntag Massenversammlungen unter freiem Himmel plane, um gegen die preussische Wahlreform zu protestieren. Beide Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß die Polizei die Versammlungen verbieten werde.

### Die Szene wird zum Tribunal.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)  
Berlin, 1. März.  
Die Fahnenstangen auf den wichtigen Steinklöben starren schon längst wieder kahlgen Himmel und schrägüber vor dem Wohnhause des Reichspräsidenten halten Möbelwagen, die die letzten Erinnerungszeichen an den toten Präsidenten des Reichstages, den Grafen Stolberg, mit hinwegnehmen. Nur der Lebende Recht! Und mit dem Gedanken an den Verbliebenen verflüchtigen sich auch die letzten Erinnerungen an die Zeiten, wo im Wallottbau nicht Parteifahnen, sondern wenigstens ein paar Jahre ein würdiger Ton in den parlamentarischen Auseinandersetzungen herrschte. Ein Anderer, kein weniger Würdiger, ist heute auf den Schild erhoben worden, um den verwaisten Präsidentenstuhl als erster zu zieren. Graf Schwerin-Löwisch ist mit Zuruf von dem ganzen Hause gewählt worden, wenigstens ein Zeichen beginnender Besserung, denn noch heute Vormittag raunte man sich in den Wandelhallen zu, daß das Zentrum den Anspruch auf den ersten Sitz im Präsidium erheben wolle, und daß die Liberalen wie im Dezember durch Abgabe weißer Zettel gegen den schwarzblauen Block demonstrieren wollten. Aber gerade auf Antrag des Zentrums wurde der Graf mit dem feinen Gelehrtenkopfe zum Präsidenten gewählt, und seine ersten Worte an das hohe

Haus enthielten nicht nur Dank, sondern die ernste und zeitgemäße Mahnung zu vernünftiger ruhiger Zusammenarbeit.

Le roi est mort, vive le roi! Mit einer gewissen Umdeutung kann man auch sagen, den einen Punkt der Agitation hat man totgeritten, nun hegt man den andern, bis der Atem ausgeht. Erzellenz Delbrück hat sich zwar noch nicht, wie sein Vorgänger darüber beklagt, daß man ihm seine reichlich knapp bemessene Zeit noch mehr beschneide dadurch, daß man ihn umsonst in das Reichshaus kommen lasse. Wenn aber die sogenannte Auseinandersetzung zwischen den Nationalliberalen und dem Bunde der Landwirte so weiter geht, dann wird diese Klage vielleicht auch bei seinen Reden mit einfließen. Mit der Reichsfinanzreform macht man schon im Lande keine Parteigeschäfte mehr, seit die Leute gelesen haben, daß die Banken trotz allem eine anständige Dividende verteilen und kein Mensch trinkt zum Dämmerstapfen ein Glas weniger und auch die Wirte stellen schon wieder die Streichholzstände ohne ängstliche Berechnung über die „Belastung“ auf die Tische.

Aber wer im parlamentarischen Leben einmal A gesagt hat, muß auch B sagen, und so kommt der Bauernbund mit Dr. Böhme, der sich sonst auf seinem Platze nur selten zeigt, und setzt das wenig anmutige Spiel vom letzten Freitag fort. Und hinterdrein tragt der künftige Generalsekretär der Nationalliberalen Fuhmann auf dem dünnen Klepper persönlichen Klatsches, den er in den letzten drei Tagen gegen den Bundesdirektor Dr. Hahn aus der chronische scandaleuse sorgfältig zusammengestellt hat. Und dabei munkelt man, daß die Dame Klatsch auch über ihn pitante Hiftörchen berichten könnte. Und diese Zusammenstellung geht auch nicht an dem kleinsten Zitat vorbei, die gegen Dr. Hahn reichlich in Umlauf sind. Man kann sich eines unangenehmen Gefühls nicht erwehren und mancher Zuhörer denkt an die Worte des Kanzlers von den Wirkungen des Parlamentarismus, der die politische Reife eines Volkes eigentlich anzeigen sollte. Und dazwischen tönt — ein sonderbares Echo — ab und zu das feine Klingeln von gemünztem Gelde hinein — Ping-Pang! als wolle es eine lebendige Erinnerung an die Schätze des Hansabundes wachrufen, den der bajuarische Wikbold Dr. Heim gegen den Bauernbund zitiert. Die Diener bringen den Reichsboten die Anwesenheitsgelder an den Platz, die den regeren Besuch des Reichstages garantieren sollen. Und unwillkürlich schweifen die Gedanken zurück, als man es für eine Ehre erklärte, dem Reichstage ohne Entgelt anzugehören, an die Zeiten, wo auch mit scharfen Waffen, aber in ritterlichem Turnier in dem Reichshause gekämpft wurde. Heute sieht man meistens nur Epigonen, die den Ton der Volksversammlung in das Parlament tragen und den Kampf auf ein Niveau herabsinken lassen, daß nur Duzendmenschen allenfalls verlockend ist.

Wenn Dr. Heim aus den bayerischen Bergen nicht über eine so nützliche Beigabe wenn auch derben Humors verfügen würde, dann könnte es bei seinem Temperament heftige Hiebe setzen, aber so wirken selbst Kraftstellen nicht wie Dumm-Dumm-Geschosse, wenn auch der Getroffene die Haut jucken fühlt. Das befähigt auch streitbare Gemüter wie das des Bundesdirektors, der nun schon zum zweitenmale sich gegen die haltlosesten Vorwürfe verteidigen muß. Und kaum ist er zende, da scheucht das weinerliche Organ des freisinnigen Gothein die bis dahin aufmerksamen Hörer auseinander. Verwundert sieht Erzellenz Delbrück von seiner Arbeit auf, als wirklich noch einige Redner zu seinem Etat sprechen, denn an den hatte weder er noch die Herren im Parterre mehr gedacht. Aber nach dem hitzigen Turnier hat niemand Freude an der Werktagsarbeit und über einige Kleinigkeiten kommt man nicht hinaus. Die Luft ist hin und die kommt vielleicht erst morgen wieder.

### Ein ernstes Wort in ernster Zeit

hat der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen von Windheim bei dem Festmahl zu Ehren des Provinziallandtages gesprochen. Er sagte: „Wer vermöchte in unseren heutigen unruhigen und ernst bewegten Zeiten es zu sagen, wohin der Weg unserer politischen Entwicklung führt? Wir können nur wünschen und hoffen, daß das religiöse Bewußtsein und die patriotische Überzeugung in unserem Volke fest genug gewurzelt und kräftig genug sind, um die Stürme auszuhalten, die gegenwärtig toben, und ich hege die feste Zuversicht, daß die Provinz Ostpreußen diesen Stürmen gegenüber nicht versagen und sich sieghaft durchsetzen wird, und daß Sie als die berufenen Vertreter der Gesamtbevölkerung der Provinz an Ihrem Teile mit dazu helfen, um die bedrohten Grundlagen unseres gesamten Staats- und Verfassungslebens zu stützen, und wenn es darauf ankommt, opferfreudig zu verteidigen. Ob Städter ob Landbewohner, ob Bürger, ob Bauer, ob Vertreter von Landwirtschaft, Industrie oder Handel, hier darf kein Unterschied Platz greifen, sondern es gilt vielmehr einmütig zusammenzutreten und alles zu vergessen, was trennt und auseinanderreibt, und nur auf das zu sehen, was eint und zusammenhält.“

Die Worte des Oberpräsidenten werden auch über die Grenzen Ostpreußens hinaus in allen nationalen Kreisen Zustimmung finden.

### Politische Tagesschau.

Für die Beibehaltung der öffentlichen Wahl auch für die Urwahlen treten eine Anzahl von Angehörigen der Großindustrie in einer Erklärung ein. Unterzeichnet ist der Aufruf u. a. vom Geh. Kommerzienrat Baare-Bochum, Geh. Kommerzienrat Karl Funke-Essen, von zahlreichen Generaldirektoren industrieller Werke in Rheinland-Westfalen und von Geh. Kommerzienrat Kirdorf-Streitthof.

### Im Bund für Mutterschutz

Ist eine ernste Krise ausgebrochen. Gegen Fräulein Stoeker als Geschäftsführerin sind scharfe Angriffe erhoben worden, die zu erregten Erörterungen über die Verwaltung der Finanzen durch Fräulein Stoeker geführt haben. Die Mißstimmung gegen diese hat nicht nur in der Berliner Gruppe, sondern auch in einzelnen Ortsgruppen energischen Ausdruck gefunden. Eine Anzahl von ausgeschiedenen Mitgliedern des Vorstandes und des Bundes wendet sich an die Öffentlichkeit mit einer Anklageschrift, in der das Verhalten der Vorsitzenden als berechnetes Festhalten an ihrer besoldeten Stellung mit dem Versuch sich jeder Kontrolle zu entziehen, gekennzeichnet wird. Die Broschüre läßt durchblicken, daß Fräulein Stoeker sich persönliche Vorteile über Gebühr verschafft hat. Die Angegriffene hat wegen verleumderischer Beleidigung und übler Nachrede“ gestellt. — Am Sonntag fand in Halle die Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz statt. Die Verhandlungen endeten mit der Annahme des Antrages, den Bundesvorstand von Berlin zu verlegen und zum Vorort Breslau zu wählen. Damit ist der bisherige Vorstand abgesetzt und Fräulein Dr. Helene Stoeker nicht mehr Vorsitzende des Bundes. Die Ortsgruppe Breslau hat den neuen Vorstand zu wählen.

### Katholiken-Demonstration in Köln.

Am Sonntag fand in Köln eine gewaltige Demonstration der Katholiken gegen die Angriffe, die neuerdings gegen die katholische Kirche gerichtet worden sind, statt. 20 Versammlungen wurden in Köln und in den Vororten abgehalten, die einen ungeheuren Besuch aufwiesen. Kardinal Erzbischof Dr. Fischer und Weihbischof Dr. Schmidt wohnten zwei dieser Versammlungen bei. In der Hauptversammlung verbreitete sich der Direktor des Volksvereins für das katholische

Deutschland, Dr. Brauns, über die Ziele des Christentums und der Sozialdemokratie. Die katholische Kirche sei der Fels, an dem auch die Sozialdemokratie zerschellen werde. Die weiteren Redner betonten die Notwendigkeit einer weiteren Organisation des katholischen Volksvereins. Mit dem Stimmzettel in der Hand müsse jeder Katholik seine religiöse Überzeugung vertreten gegenüber dem Scharfmachertum, das sich in seiner Feindschaft gegen die Religion zusammengefunden habe. Der Erzbischof Dr. Fischer, der mit donnernden Hochs begrüßt wurde, erklärte, daß er von der gewaltigen Kundgebung tief ergriffen und erschüttert sei. Sein Herz habe geblutet bei den scharfen Angriffen gegen die Grundwahrheiten der Kirche. Die Priester seien verhöhnt worden. Der Kardinal sprach dann besonders für den Schutz der katholischen Jugend und wies darauf hin, daß weitere Kundgebungen in diesem Sinne an den nächsten Sonntagen in Deutschland stattfinden würden. Zum Schluß erteilte er der Versammlung seinen Segen. Weitere Versammlungen verliefen ruhig und wurden mit einem begeistert abgefangenen Kirchenliede geschlossen. Zu irgendwelchen Störungen auf den Straßen kam es nicht.

### Mehrenthal und Tschirschy.

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in Übereinstimmung mit dem offiziellen „Wiener Fremdenblatt“: Eine Meldung des „Echo de Paris“, wonach Graf Mehrenthal bei seinem Besuch in Berlin die Abberufung des deutschen Botschafters in Wien, von Tschirschy, durchgesetzt habe, dessen Nachfolger der Staatssekretär Freiherr von Schön sein werde, ist in der deutschen Presse mit Recht angezweifelt worden. Wir stellen fest, daß die Angaben des „Echo de Paris“ ebenso frei erfunden sind, wie alle Gerüchte über angebliche Verstimmungen zwischen dem deutschen Botschafter in Wien und dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußern.

### König Eduard über den Frieden.

Wie aus London gemeldet wird, hat König Eduard am Dienstag im Buckinghampalast die Erzbischöfe von Canterbury und York und viele Mitglieder der beiden Kammern gelegentlich der Einberufung der Kirchenprovinzen Canterbury und York empfangen. In seiner Antwort auf die an ihn gerichteten Ansprachen sagte der König, die Anerkennung seiner Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens erfülle ihn mit Freude. Er bete beständig, daß das Land vor den Gefahren und dem Glend eines Krieges bewahrt bleiben möge, da in dieser neuen Zeit ein Krieg den Untergang von Millionen herbeiführen würde. Die Ruhe der Kolonien sei durch den Abschluß der süd-afrikanischen Union gefördert worden, dies sei in einem Lande geschehen, wo sie während so langer Zeit schwer gestört war. Nun werde sein Sohn diese vereinigten Kolonien besuchen, um das Siegel unter eine Verlöbning zu setzen, an der holländische und britische Untertanen treu gearbeitet hätten.

### Zur inneren Lage in England.

Nach Beendigung der Debatte nahm das englische Unterhaus die Resolution des Premierministers bezüglich der Sitzungen des Hauses an. Die Nationalisten und Radikalen waren augenscheinlich von den Erklärungen der Minister befriedigt. Hätte das liberale Kabinett dem Drängen der Radikalen und der Irländer nicht nachgegeben und die Frage der Reform des Oberhauses der Erledigung des Budgets nicht vorangestellt, so wäre der sofortige Rücktritt des Ministeriums unvermeidlich gewesen. Nun hat Asquith eine Frist gewonnen, die aber, wie die Dinge einmal nach dem Ausfall der Wahlen liegen, auch wohl nicht mehr als eine Galgenfrist genannt werden darf. Das Oberhaus wird sich natürlich mit Hand und Fuß gegen jede Schmälerung seines Vetorechts wehren, und

wenn es Asquith nicht gelingt, von der Krone die Garantie für die Unterstützung seiner Pläne zu gewinnen, dann stehen die Verhältnisse auf dem alten Fleck. Die Krisis besteht also nach wie vor, sie ist nur hinausgeschoben. — Die konservativen Zeitungen stellen die Haltung des Premierministers so hin, als habe er sich den Radikalen jämmerlich ausgeliefert, und werfen ihm rücksichtslose Mißachtung der Finanzen des Landes vor. Sie sagen voraus, daß die Regierung durch ihr Verbleiben im Amte geschwächt werden würde und die Konservativen mit ihrem Plan, das Oberhaus zu reformieren, bei den kommenden Wahlen den Beifall des Landes haben würden, da die Nation nicht wünsche, nur eine Kammer zu besitzen, denn diese Bedeutung habe nach allgemeiner Ansicht die Drohung der Regierung, das Vetorecht zu beschränken und die Reform des Oberhauses aufzugeben. Beide Parteien rechnen mit Neuwahlen im Juni. — Die irische Partei hat Dienstag Abend folgende Resolution angenommen: In Anbetracht der Erklärungen des Schatzkanzlers Lloyd George wird die Partei davon absehen, für oder gegen die Regierung Stellung zu nehmen.

### Deutsches Reich.

Berlin, 1. März 1910.

— Se. Majestät der Kaiser folgte am Dienstag einer Einladung des Justizministers zur Frühstückstafel. Vorher hatte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts entgegengenommen.

— Zum Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium ist der bisherige Ministerialdirektor dieser Behörde Küster und zu dessen Nachfolger der bisherige Geh. Oberregierungsrat Schröder ernannt worden.

— Zur Errichtung eines deutschen Zahnärzthauses in Berlin erläßt jetzt ein Komitee einen Aufruf. Man will einen Fonds von 100 000 Mark sammeln und dann die Zeichner zusammenrufen, um darüber zu beschließen, ob eines der vorliegenden Projekte ausführbar ist. Bis jetzt wurden 26 000 Mark aus allen Teilen Deutschlands zur Verfügung gestellt. Das Haus soll dem Berliner Verein zu Sitzungen und zu gesellschaftlichen Zwecken zur Verfügung stehen.

— Infolge des Wegfalls der Schlachtsteuer werden die Schlächter in Aachen, wie in der Stadtverordneten-Versammlung mitgeteilt wurde, mit dem 1. April die Fleischpreise um 10 Pfg. für das Kilogramm ermäßigen.

— Bei den hamburgischen Notablenwahlen, dem letzten der drei Wahlgänge zur halbseitigen Erneuerung der Bürgererschaft, erhielten am Montag die Rechte zwölf, das linke Zentrum vier, die Linke zwei, die vereinigten Liberalen zwei Sitze. Die neue Bürgererschaft setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: Rechte 38 (bisher 43), linkes Zentrum 35 (bisher 37), Linke 37 (bisher 35), vereinigte Liberalen 21 (bisher 23), Sozialdemokraten 20 (bisher 29), fraktionslos 1 (bisher 1).



Der neue Reichstagspräsident.

Hg. Graf Schwerin-Löwitz ist am 19. Mai 1847 in Schweinsburg geboren, besuchte das französische Gymnasium in Berlin, diente von 1865 bis 1881 im Kürassier-Regiment Nr. 7, machte als Offizier die Feldzüge von 1866 und 1870 mit und übernahm später die Bewirtschaftung des Familiengutes Löwitz. Seit 1866 ist er Kreisdeputierter, Mitglied des Kreis Ausschusses und des Kreistages Anklam, wurde Präsident des deutschen Landwirtschaftsrats, Vorsteher des preussischen Landesökonomikollégiums, der pommerischen Landwirtschaftskammer, Mitglied des Bezirkseisenbahnrats, der preussischen Zentralmoorkommission, des Börsenausschusses, des wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung von Handelsverträgen usw. Er ist Rittermeister a. D. Dem Reichstag gehört er für Anklam-Demmin seit 1893 an, dem Abgeordnetenhaus für denselben Kreis seit 1897, als Mitglied der deutsch-konservativen Fraktion

### Gesamtausschuß-Sitzung des Hanfabundes.

Berlin, 1. März.

Zum erstenmale seit seiner Gründung trat der Gesamtausschuß des Hanfabundes heute Vormittag zu einer Sitzung im Langenbucke zusammen. Die Berliner Hochfinanz wie Industrie war u. a. durch die Kommerzienräte von Mendelssohn, Schwabach, Krause, Haberland, v. Borfig vertreten. Vor Eintritt in die Versammlung wurde auf einstimmigen Beschluß der Versammlung, die unter der Leitung des Präsidenten Geheimrat Rießer stand, folgendes Huldigungstelegramm an den Kaiser gesandt: „Die zur ersten Tagung des Gesamtausschusses des Hanfabundes versammelten Vertreter aus Gewerbe, Handel und Industrie aller deutschen Bundesstaaten, die das einmütige Schaffen der bürgerlichen Erwerbsstände für des Reiches Größe und Wohlstand im Hanfabunde verkörpern, bitten ebrüchsigst Ew. Majestät als erhabenen Förderer und Schützer bürgerlicher nationaler Arbeit und Schirmherrn des Friedens das Gelübnis unwandelbarer Treue und Hingebung erneuern zu dürfen.“

Das erste Referat „Über die Entwicklung und Ziele des Hanfabundes“ hatte der Präsident Geheimrat Rießer selbst übernommen. Er präzisierte hierbei zunächst die Stellung des Hanfabundes gegenüber dem Bunde der Landwirte und der Landwirtschaft im allgemeinen. Das Entstehen des Hanfabundes sei einzig und allein die natürliche Folge der maßlos einseitigen Interessenpolitik des Bundes der Landwirte gewesen. Daß der Hanfabund von den Bündnern mit scheelen Augen angesehen werde, sei schließlich verständlich, daß aber Angriffe auf eine wirtschaftliche Organisation, wenn sie auch vielleicht gegenteilige Interessen vertritt, in so maßloser Form unternommen würden, wie dies jüngst im Zirkus Busch der Bund der Landwirte gegenüber dem Hanfabunde bestellte, sei tief bedauerlich. Der Hanfabund würde auf diesem Wege nicht folgen. Hier habe man so viel Verständnis, daß man einsehe, daß es dem Vaterlande schlecht gehe, wenn es der deutschen Landwirtschaft schlecht gehe. Dort aber verstehe man nicht, daß ein Ruin des blühenden deutschen Handels, der Industrie und des Gewerbes auch zugleich den Ruin Deutschlands bedeute. Redner schloß: „Wenn die Parteien, die den Hanfabund von vornherein bekämpfen, nicht bloß mit Worten, sondern auch mit Taten die Gleichberechtigung aller Erwerbsstände durchzuführen wollen, dann müssen sie doch abwarten, was wir leisten werden. Wir sind kein politischer Verein und lassen uns von keiner Verwaltungsbehörde dekretieren, etwas zu sein, was wir nicht sein wollen. Wir werden bei den Wahlen unsere wirtschaftlichen Ziele verfolgen und die Parteien, deren Aufgabe es ist, die Wahlen zu machen, wenn sie unsere Richtlinien anerkennen, unterstützen bei der Aufstellung und Durchbringung der Kandidaten.“

Der neue Direktor des Bundes, der frühere Oberbürgermeister von Bromberg Knobloch, gab dann als zweites Referat eine Statistik des Einflusses von Handel, Gewerbe und Industrie auf den Gang der parlamentarischen Geschäfte und der Selbstverwaltung. Danach besitzen der Hanfabund und die Interessen, die er vertritt, noch viel zu wenig Einfluß auf die parlamentarischen Körperlichkeiten. Das selbe gelte auch für die kommunalen Selbstverwaltungen. Hier müsse mit aller Kraft eingegriffen werden. Dann ging der Redner zu den wichtigsten Mittelfragen über. Die Zoll- und Handelspolitik habe nicht zur Förderung des bürgerlichen Erwerbslebens, sondern zu dessen Hemmung geführt. Darunter leiden natürlich am schwersten die Mittelklassen. Die Wirtschaftspolitik, die der Bund der Landwirte verstanden habe durchzuführen, sei keine mittelstandsfeindliche. Es sei nur daran erinnert, wie viele Existenzen zugrunde gehen durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, weiter, wie Staats- und Kommunalsteuern, Lebensmittelerhöhung und damit in Verbindung die Erhöhung der Löhne die wirtschaftliche Existenz des Mittelstandes bedrohen und herabdrücken. Was werden heute die Söhne des Mittelstandes? Sie werden Lehrer, Beamte, Soldaten, aber selten denken sie daran, ein kleines Geschäft zu begründen. Da müsse der Hanfabund helfend eingreifen. Er beabsichtige zu diesem Zwecke, der Lösung des Problems näherzutreten, wie die offenen Forderungen des Mittelstandes, der Handwerker und der Kleinkaufleute beizubringen zu machen sind. In Reise i. S. habe man dies durch die Beihilfe von Banken bereits erreicht. Weiter gelte es, die schweren Schäden des Submissionswesens zu heben. Hier müsse endlich die Regierung Stellung nehmen. Die Schädigung durch Konsum- und Beamtenvereine, die dem Mittelstande das Leben sauer machten, müsse möglichst paralytisch werden. Das alles sei praktische Arbeit, die der Hanfabund mit Freuden auf sich nehme.

In der darauf folgenden kurzen Besprechung wandte sich der Ehrenobermeister und zweite Präsident des Hanfabundes Rießer in Berlin gegen die von gegnerischer Seite aufgestellte Behauptung, als ob der Mittelstand, speziell das Handwerk, nur eine Detonation des Hanfabundes darstelle. Stadtrat Holsch-Karlsruhe regte an, als Gegenstück zur Generalversammlung des Bundes der Landwirte einen Hanfabund einzuberufen. Er sei überzeugt, daß der Hanfabund nicht nur den Zirkus Busch, sondern auch den Zirkus Schumann füllen werde. Vom Bund der Landwirte müssen wir lernen, daß es notwendig ist, zu schreiben, um gehört zu werden. Und wenn wir unter einem so bewährten Führer wie Geheimrat Rießer tagen, so wird das einen gewaltigen Eindruck in der Öffentlichkeit machen. — Geheimrat Rießer erklärte, daß man die Frage der Abhaltung eines Hanfabundes, die schon in Lübeck angeregt worden sei, zu gegebener Zeit in Erwägung ziehen werde. — Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Auf das Begrüßungstelegramm an den Kaiser ist folgende Antwort eingegangen: „Geheimer Justizrat Dr. Rießer, hier. Ich habe den freundlichen Gruß des Gesamtausschusses des Hanfabundes für Gewerbe, Handel und Industrie gelegentlich seiner ersten Tagung gern entgegengenommen und danke bestens für den Ausdruck treuer Anhänglichkeit. Wilhelm.“

### Provinzialnachrichten.

Schwef, 25. Februar. (Amtseinführung. Abiturientenprüfung.) Durch den Herrn Landrat von Holm wurde der neu gewählte Bürgermeister, Herr Gerichtsassessor Ennulat, in sein Amt eingeführt. Im Anschluß daran fand ein Abendessen im Wildts Hotel statt. — Heute fand im hiesigen königl. Gymnasium die Reiseprüfung unter Vorh. des Provinzialschulrates Herrn Kahle statt. Es bestanden folgende: Martens, Neuf, Lemmang, Hallmann, Herrmann, Lau und Kabitz, wovon die ersten drei von der mündlichen Prüfung dispensiert wurden.

Rosenberg, 27. Februar. (Der Senior der Familie v. Brünneke, Herr Graf Roland v. Brünneke-Bellshöwitz), feiert am 3. März seinen 70. Geburtstag, woran nicht allein der Rosenberger Kreis, sondern die ganze Provinz wärmsten Anteil nimmt. Die Begüterung Bellshöwitz ist seit 1683 ohne Unterbrechung im Besitz der Familie v. B. Seit mehr als 200 Jahren

haben Mitglieder der Familie v. B. das Kirchenpatronat. Roland v. B. wurde am 3. März 1840 in Neapel geboren. Seine Mutter war eine Tochter des Oberpräsidenten der Provinz Preußen, v. Schön. Er studierte Rechtswissenschaften auf den Universitäten zu Bonn und Berlin. 1863 bestand v. B. das Referendarexamen und nahm beim 1. Husarenregiment an der Grenzbesetzung im polnischen Aufstande, als aktiver Offizier am Kriege gegen Österreich teil. Seit 45 Jahren gehörte er ohne Unterbrechung dem Kreistage Rosenberg an. 1868 wurde er zum Landrat des Kreises Rosenberg ernannt; er bekleidete dieses Amt bis 1881. Von 1875 bis 1899 war v. B. Landtagsabgeordneter für den Kreis Rosenberg in Königsberg und Danzig und eine Reihe von Jahren Vorsteher einer agrarisch-konservativen Fraktion. Seit 1884 ist v. B. Rechtsritter des Johanniterordens und gehört seit Jahren dem Konvent der preussischen Genossenschaft des Ordens an. 1882 übernahm v. B. das väterliche Gut, das 1892 Majorat wurde. Bei der Anwesenheit des Kaisers 1892 wurde v. B. zum königlichen Kammerherrn ernannt, später erhielt er die Würde eines Burggrafen von Marienburg. Bei der Jahrhundertfeier wurde er in den Grafenstand erhoben, 1904 wurde er zum Mitglied des Herrenhauses gewählt. Daneben wirkte er als Mitglied des Vorstandes der Kreisynode und des Frauenvereins, als Vorsteher einer Erziehungsanstalt für verwahrloste und verwahrloste Mädchen in Riesenburg, als Mitglied des landwirtschaftlichen Vereins, als Vorsteher des Jagdschützenvereins und des konservativen Vereins. Besondere Verdienste erwarb sich der Jubilar auf landwirtschaftlichem Gebiet durch Schaffung einer Ackerordnung und Hebung der Pferdezucht, auf politischem Gebiet durch Schaffung einer Verbindung der einzelnen konservativen Vereine mit dem Hauptverein in Berlin, woraus die jetzige konservative westpreussische Provinzialvereinigung entstand.

Krausitz, 28. Februar. (Einen Rathausbau) plant unsere Stadt. Als vor zehn Jahren die Frage des Rathausbaus durch den Erwerb des Hotels Kronprinz zu lösen versucht wurde, erfuhr der Gedanke eine ablehnende Beantwortung von Seiten der Stadtverordneten. Man faulde dann das sogenannte Kruggrundstück, dessen Unzulänglichkeit zum Rathause sich aber bald zeigte.

Marienburg, 28. Februar. (Etrunken.) Der Schmiebmesser Malinowski aus Willenberg ist gestern Abend in den Wühlengraben gefallen und ertrunken. Seine Leiche wurde heute Vormittag gefunden. Die Totgeburt war auf 1/9 Uhr gesehen.

Elbing, 1. März. (Die Amtseinführung des Ersten Bürgermeisters Dr. Werten) soll, nachdem nunmehr die landesherliche Befähigung der Wahl erfolgt ist, am Sonnabend oder Montag durch den Regierungspräsidenten Förster aus Danzig stattfinden, welcher letzterer bei dieser Gelegenheit die Stadt Elbing zum erstenmal besuchen wird.

Danzig, 28. Februar. (Verschiedenes.) Für den Pollen des 2. Bürgermeisters in Danzig kommt unter den über 60 Bewerbern in erster Linie ein hiesiger, seit mehreren Jahren im Dienste der Stadt stehender Stadtrat in Frage, mit dessen Wahl sich die Stadtverordneten in ihrer großen Mehrheit einverstanden erklärt haben. Die Wahl des 1. Bürgermeisters dürfte öffentlich ausgeschrieben werden. — Maximilian Hardens Vortrag über die gegenwärtige politische Lage hatte seine Anziehungskraft auch in Danzig nicht verfehlt, denn der große Saal des Schützenhauses war bis auf das letzte verfügbare Plätzchen, einschließlich der zahlreicheren Vögel, ausverkauft, jedoch Hunderte keinen Zutritt mehr fanden. Hardens, der zum letztenmale im Danziger Weichbild als Festungsgefangener zu Weichelmünde weilte, brachte in zweifelhüßiger Rede hauptsächlich seine Auffassung über die deutsche Reichszustand vor. — Der Waler Gustav Hjel, Johannistage 38, nach Sonnabend Nachmittag seiner Ehefrau Alice mit einem Messer in den Arm und die Brust. Die Frau wurde im Lazarett Sandgrube aufgenommen.

Danzig, 1. März. (Infolge der Bodenerkrankung eines Kriegsschülers) wurden sämtliche Kriegsschüler gemipst und vom freien Verkehr in der Stadt für vierzehn Tage ausgeschlossen.

Dr. Eglau, 28. Februar. (Reiseprüfung.) Am 1. März. Gymnasium erhielten 9 Oberprimaner das Zeugnis der Reise zuerkannt.

Schiffleuten, 28. Februar. (Zwei Lehrer ertrunken.) Der Lehrer Ebert und der Lehrer Conrad aus Saulehewen hatten gemeinsam einen Marsch nach Wyhupönen unternommen. Auf der Rückkehr verlugten sie, mit Schlittschuhen über den Wistlyer See zu gleiten, um sich den Weg abzukürzen. Ein dritter Lehrer, der keine Schlittschuhe bei sich hatte, ging zu Fuß nachhause. Als spät abends die beiden noch nicht heimgekehrt waren, begab man sich auf die Suche. Man fand Mühe und Stolz des Lehrers Ebert auf dem Eise vor. Am Sonntag wurden die Leichen geborgen.

Königsberg, 2. März. (Todesfall.) Der königl. Obermilitärintendantensekretär Eugen de Comin, Sohn des früheren Inhabers der Bahnhofsverwaltung zu Ostfischin, Kreis Thorn, ist im Alter von 51 Jahren gestorben. Ein zahlreicher Zug, darunter die Spitzen und übrigen Beamten der Intendantur des 1. Armee-Korps, geleitete am Montag den Zug zum Ostbahnhof, von wo die Überführung nach Zittau zur Einäscherung erfolgte.

### Tätigkeit journalistischer Hexapostel in Thorn.

Durch seinen eigenen Widerruf ist festgestellt worden, daß das hiesige linksliberale Parteiblatt unter seiner neuen Leitung mit dem Heftartikel „Konservative Agitation in den Schulen“ sich einmal eine falsche Denunziation gegen den Vertreter der konservativen Provinzialvereinigung geleistet und dann, trotz unseres eindringlichen Vorhalts, in einem zweiten Artikel nicht nur diese Denunziation aufrecht erhalten, sondern auch noch zwei Beamte der königl. Regierung, den Kreislandrat und den Kreisinspektor in Thorn, eines Mißbrauchs ihrer Amtsbefugnisse, durch Ausstellung von Empfehlungsschreiben zu konservativen Agitationszwecken in den Schulen, beschuldigt hat. Gegenüber diesen Tathaten hat das Blatt die Dreistigkeit, anstatt zu schweigen, sich jetzt als Retter der preussischen Beamtenlehre, die sie erst in leichtfertiger Weise angefaßt hat, in einem neuen Artikel hinzustellen, in welchem die journalistische Entstellungsfunktion, wie sie in dem Blatt nun schon seit bald einem Jahre geübt wird, das Höchste zu leisten versucht. Durch seine „Aufdeckung der konservativen Mächenschaften“ seien erst die Beamten vor Schanden bewahrt worden, das sucht das Blatt der Öffentlichkeit zu suggerieren. Der preussische Beamte ist sich seiner Pflichten und Befugnisse wohl bewußt und braucht von keiner Seite

eine Stütze, am wenigsten von solcher, die eine Hauptaufgabe darin erblickt, den Beamten der Regierung alle möglichen Übergänge zur Last zu legen, ohne je wirkliche Beweise dafür zu erbringen, nur um das Volk zu erregen und seinen Zwecken dienlich zu machen. Den persönlichen, gegen einen preussischen Justizbeamten, dem Vorsteher des konservativen Vereins Thorn, gerichteten Angriff in einem „Eingelastet“ versucht das Blatt von sich abzuwälzen, indem es behauptet, es sei in der Tat eine Zuschrift von jüdischer Seite. Ist das der Fall, was zu unterzuchen sich erübrigt, so war es Pflicht der Schriftleitung, zu prüfen, ob der Angriff in dem anonym veröffentlichten „Eingelastet“ berechtigt war, und da das entschieden verneint werden mußte — selbst aus jüdischen Kreisen ist uns das Bedauern über diese Veröffentlichung ausgeprochen worden —, so war ihm die Publikation zu versagen. So trägt das Blatt dafür die volle Verantwortung und kein anderer. Und weil der Angriff zur Geharbeit des Blattes paßte, mußte er abgedruckt werden, obwohl dem Judentum der schlechteste Dienst damit erwiesen ist, indem er geeignet ist, die günstige Stimmung, die durch die Tätigkeit verständiger Juden ihm gegenüber hervorgerufen worden, in das Gegenteil umzukehren. Auch in dem vorliegenden Artikel kann das Blatt von seiner Verhugungstaktik nicht abgehen und leistet sich hier wieder ein Stück, indem es die Erwerbsstände im Handel gegen uns aufs neue aufzustacheln sucht. Wir haben uns mit dieser fast ausschließlich von ihm gepflegten Hefttätigkeit bisher nur wenig beschäftigt, um die ohnehin große Erregung der einzelnen Bevölkerungsklassen nicht noch zu steigern. Aber alles hat sein Ziel. Wir müssen überhaupt gestehen, daß wir eine Agitation, eine Geharbeit, wie sie das Thorne linksliberale Blatt verrichtet, noch in keinem anderen Blatt gefunden haben. Mit der neuen Leitung begannen die Beschimpfungen und Verleumdungen der Gegner in unerhörtester Weise. „Verlogenheit der Konservativen, des Blauschwarzen Bloßes und seiner Presse“, das war bis heute die ständige, mildeste Schmähung. Es liegen uns seit Jahren Zeitungen aller Parteien täglich vor, eine Anzahl freisinniger aus unserem Osten, ebenso Berliner Blätter, darunter auch das demokratische „Mittelsache Blatt“, aber so etwas von Geharbeit, wie sie von diesem Thorne Blatte geleistet wird, ist bisher nirgends, selbst nicht in dieser stürmisch bewegten Zeit, aufgetreten. In allen diesen bezeichneten Parteiorganen waltet doch nicht solch ein Ton, nicht eine solche Gefährlichkeit wie hier vor, die auch den besonnensten und ruhigsten Gegner schließlich auf das Höchste erbittern und im eigenen Lager Mißbilligung finden muß. Wie strupellos auf die niedrigen Instinkte der Massen zu wirken versucht wird, zeigt der nachstehende Vers, ganz nach sozialdemokratischem Muster, der in der Sonntagsnummer des Thorne freisinnigen Parteiblattes einen Heftartikel einleitet:

Wer oben steht, der darf regieren,  
Er ist der Herr, der andere knecht;  
Er darf fürwahr das Szepter führen,  
Denn wer die Macht hat, der hat's Recht.

Schon in früheren Jahren wirkten in ähnlicher Weise an dem Blatt manche „Universalgénies“, die herbeigehtolt waren, um den Konservatismus im Wahlkreise niederzuschlagen, aber, in vergeblicher Mühe, durch ihre Ausschreitungen nur das Blatt herunterbrachten, — verständliche, maßvolle Journallisten, die das gefundene Ansehen des Blattes dann aufrichteten, wurden immer wieder beiseite geschoben, und aufs neue wurde nach dem „starken“ Manne gesucht, bis man ihn fand, der nun das vollen bringen soll, was keinem noch gelungen. Und auch ihm dürfte das nicht gelingen, obwohl er sie alle übertrifft und einen fast erreicht, der, durch seine Schranken beengt, sich hier ebenfalls austobte in aufreizendem Parteihaf und damit einem anderen Thorne Zeitungsgenossen das Grab gegraben, dessen Titel dann das linksliberale Thorne Blatt angenommen hat. Soll das nun hier so weiter gehen? Soll die Bevölkerung noch weiter gegen einander gehetzt, auch das Vertrauen zur Staatsregierung systematisch untergraben, die Achtung vor unseren Staatseinrichtungen herabgemindert und immer größere Verheerungen innerhalb des Deutschthums angerichtet werden? Wir sagen nein! Und diejenigen, die allein die Verantwortung dafür zu tragen haben, werden sie heute nicht mehr von sich weisen können, noch weniger später, wenn die verberblichen Früchte erst reif geworden.

### Sozialnachrichten.

Thorn, 2. März 1910.

— (Oberpräsident von Jagow) in Danzig tritt seinen siebenwöchigen Erholungsurlaub am 10. März an.

— (Personalien.) Den Fußgängermeistermeister Konrad Augustin zu Liebenau im Kreise Tuchs und Hermann Ulrich zu Bohusau im Kreise Danziger Niederung ist das Allg. Ehrenzeichen verliehen worden.

— (Personalien bei der Justiz.) Der Gerichtsassessor Korth in Elbing ist in die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern übernommen und somit aus dem Justizdienst ausgeschieden.

Dem Gerichtsdienerr Rudolf Franke in Elbing ist bei seinem Abtritt in den Ruhestand das Kreuz des Allg. Ehrenzeichens verliehen.

— (Patente und Gebrauchsmuster.) Auf eine Einpannorrichtung für die Matrizen der Metall- und Zellenblechmaschinen während der Bearbeitung ist von Friedrich Ewald in Königsberg ein Patent angemeldet; auf ein Sofa oder eine Bank ist für Hugo Altmann in Danzig ein Patent eingetragten; auf einen Stempel zum Pflanzen junger Klefern u. dergl. für Adolf Krandt in Marienwerder, auf eine Saugtorfenförderung für Paul

Wendlandt in D. Oslau, auf eine Flasche mit Einwirkung am Halse, für zwei Arten von Verschlüssen verwendbar, für W. Liebe in Elbing und für eine Beileitung an Gatterläusen zum Schneiden dünner Bretter für die Maschinenfabrik C. Blumwe und Sohn, Alt-Geß, in Prinzenhof bei Bromberg, ein Gebrauchsmuster eingetragten worden.

(Thorn) Stadttheater. Aus dem Theaterbureau: Am Donnerstag findet, wie bereits angekündigt, die Erläuterung des letzten großen Operettenlagers der diesjährigen Winteraison, der neuen Operette von Franz Sehar „Der Graf von Luxemburg“ statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Hegner und Uhlmann, sowie die Herren Thomsen, Lindemann und Krüger. Letzterer führt auch die Regie. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Kapellmeisters Schmier. Am Freitag Abend wird Hermann Bahrs erfolgreiche Lustspielnovität „Das Konjert“ wiederholt. Sonnabend zum letztenmale „Miß Dindelsack“ bei halben Preisen. Sonntag Nachmittags „Die geschiedene Frau“.

(Weißweh) Das dem Seilermeister Bernhard Geiser gehörige Grundstück Wellenstr. 62 ist durch Kauf in den Besitz des Maurermeisters Köhn hierübergegangen.

(Berchtesgaden) wurde der Kaufbursche Bernhard Falkewitz aus Plotterke, der, bei Herrn Bäckermeister Jankewitz in Thorn, Wellenstr., angestellt, gestern Abend den Dienst unter Verlassnahme von 10 Pfund Zucker und anderen Waren verlassen hatte.

(Polizei) Arrestanten verzeichnet der Polizeibericht heute 1. (Zugelaufen) ist ein Jagdhund. Näheres im Polizeisekretariat, Zimmer 49.

**Briefkasten.**

Abonnet, hier. Es gibt in Thorn drei in sich abgegrenzte Eisenbahninspektionen und zwar: 1) Verkehrsinspektion, Vorstand Herr Verkehrsinspektor Edelbüttel, 2) Maschineninspektion, Vorstand Herr Bauinspektor Kleitsch, 3) Betriebsinspektion, Vorstand Herr Betriebsinspektor Stanislaus.

**Eingefandt.**

Eine der schönsten Straßen Thorns, die Lindenstraße in Moder, befindet sich in trauriger Verfallung. Seit der Eingemeindung ist sie noch nicht gereinigt worden, trotzdem die Verpflichtung hierzu nach dem höchstgerichtlichen Urteil der Stadt hat. Wäre die Entscheidung des königl. Kammergerichts zu Ungunsten der Bürger ausgefallen, dann würde man die säumigen Hausbesitzer mit Strafbefugnissen sich bedenken. Solange der Stadtrat die Straßenreinigung hat, sind solche Zustände nicht zuzulassen.

Anmerkung der Schriftleitung: Daß die Lindenstraße noch garnicht durch die Stadtverwaltung gereinigt worden, ist doch zuviel gesagt, denn eine Generalkreinigung der Lindenstraße hat im vorigen Herbst nach der Beschwerde in der Stadtverordnetenversammlung stattgefunden.

**Das Restgut.**

In Nr. 49 des „Geselligen“ hat ein Mitglied des Bauernbundes — ich vermute der Bauernbundesführer Harte oder Moritz-Wilhelmsau — einen „Das Restgut“ überschriebenen Aufsatz veröffentlicht, in dem er behauptet, daß die Restgüter einen schädigenden Einfluß ausüben. Zum Beweise wird das Restgut von 900 Morgen angegeben, das bei Aufteilung des Gutes Biastow im Kreis Samter gebildet wurde, während 600 Morgen an 16 Anwesende vergeben wurden, die nach 12 Jahren zur Gemeinde Sandhofen zusammengeführt wurden. Der Restgutsbesitzer, wird gesagt, half der Gemeinde alle Armenalisten auf, wobei er noch den Vorteil billiger Arbeitskräfte habe, sodas die Aufgaben so hohe geworden sind, daß, während der Restgutsbesitzer lebe wie ein Majoratsherr und in 2 Jahren 25 000 Mk. Schulden gelistet habe, die Bauern sich in größter Dürftigkeit und Verschuldung befinden. Wie ungerecht die Steuern verteilt seien, geht daraus hervor, daß der Restgutsbesitzer nur 31 Mk. Einkommensteuer zahle, die 16 Bauern aber zusammen 75 Mk. Zu dem Artikel möchte ich bemerken, daß auch diese Ausführungen, wie die ganze Agitation der Bauernbundesführer, nur den einen Zweck verfolgen, die Bauernschaft gegen den Großgrundbesitzer aufzuhetzen, wobei natürlich mit Entstellungen und Übertreibungen gearbeitet und vor allem auf den Reiz spekuliert wird, indem z. B. vorgerechnet wird, daß der Wert des Restgutes von 120 Mk. der Morgen auf 300 Mk. gestiegen ist und jetzt für 500 Mk. verkauft werden soll. Jedenfalls war das Restgut in einem ganz verwahrlosten Zustande und ist erst durch die intensive Bewirtschaftung der deutschen Besitzer das geworden, was es heute ist. Mit seinen Darstellungen stellt der Verfasser den andern Anwesenden von Sandhofen ungewollt ein großes Armutzeugnis aus. Es wird ferner wohl fast jeder Mensch, wenn er ein gutes Geschäft machen kann, zugreifen, so auch die Restgutsbesitzer von Sandhofen. Was nun das Steuerbezahlen anbelangt, so wird doch der Restgutsbesitzer derjenige sein, der am meisten zu den Gemeindesteuern beiträgt. Klugerweise hat der Verfasser nur die Zahlen der Einkommensteuer angeführt; warum nicht auch von Grund- und Gebäudesteuer? Es läßt sich aber so mit den angeführten Zahlen den Leuten viel besser Sand in die Augen streuen. Wie sehr die Angaben berechnet sind, aufzureisen, kann man daraus ersehen, daß die 75 Mk. Einkommensteuer, die angeblich die Anwesenden als eine große Summe gegen die kleine des Restgutsbesitzers von 31 Mk. aufzubringen haben, garnicht gezahlt werden, sondern fingierte Staatssteuern sind!! So arbeiten die Agitatoren des Bauernbundes! Daß eine Gemeinde in fünf Jahren viel Ortsarme bekommen kann, ist doch nicht etwas Seltenes. So hat z. B. die Gemeinde (Witwen mit Kindern) zu unterhalten bekommen, außerdem soll diese Gemeinde noch drei Weisen in eigene Fürsorge nehmen. Die Mutter starb und der Vater dieser Kinder ist nicht aufzufinden, es war ein junger Mann, den jeder gemietet hätte.) Im Jahre 1907 zahlte diese Gemeinde 180 Prozent Gemeindesteuern, für das Jahr 1910 werden ca. 370 Prozent erhoben werden müssen.

In den Nachbardörfern Dubielno und Hermannsdorf, wo sich auch keine Restgüter befinden, herrschen dieselben Zustände, und da soll dort das Restgut der Sündenbock sein? Jedenfalls haben die andern Anwesenden auch Einwohnerhäuser!! Es heißt ferner in dem Artikel: Die Gemeinde aber muß zahlen. Jedenfalls zahlt der Restgutsbesitzer 1/2 der Gemeindeabgaben. Wenn es ferner heißt: Der Restgutsbesitzer hat die Leute billig, so ist das meines Erachtens eine sehr kühne Behauptung. Können diese besagten Ortsarmen sich ihren Unterhalt verdienen, so sind es eben keine Ortsarmen und brauchen von der Gemeinde nicht unterhalten zu werden, sie können zur Arbeit gehen zu dem, der sie gebraucht. Außerdem kann ein Arbeitgeber, der den Leuten tagtäglich Arbeit geben muß, diese nicht so hoch lohnen, wie es z. B. die Herren Anwesenden tun, falls diese mal fremde Kräfte benötigen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß von diesen Herren z. B. 15-18 Mk. mit Verpflegung für 180 Quadratrußland Ribenroden gezahlt wurden, wo der ortslübliche Satz 12-13 Mk. ohne Verpflegung war. Dies erregt bei den Arbeitern Verstimmlung, die von sozialdemokratischer Seite aus ausgebeutet wird. Daß, wie in dem Artikel behauptet wird, ein Besitzer, und sei es auch einer von den so sehr beneideten Restgutsbesitzern, in zwei Jahren 25 000 Mk. Schulden tilgen kann, und noch dazu allein aus dem Ertrage seiner Wirtschaft, wo obendrein die Passion für elegante Wagen und Pferde vorhanden ist, glaube ich nicht; der betreffende Restgutsbesitzer wird wohl sehr renommier haben. Undersfalls möchte ich ihn um das Rezept dieses Kunststückes bitten! Um die Unzufriedenheit weiter zu schüren, wird gesagt, daß die Schullasten sehr hoch seien, weil „der Restgutsbesitzer von zwei großen Gütern“, der zugleich Schulpatron des Schulverbandes ist, zu dem Sandhofen gehört, „keinen roten Pfennig zu den laufenden Schulunterhaltungskosten zahlt“. Ja, wo bleibt denn der Restgutsbesitzer, von dem doch allein die Rede sein soll? Was übrigens die Schullasten anbelangt, so sind diese überall hoch und nicht nur in der Anwesendengemeinde Sandhofen; außerdem wird der besagte Schulpatron und Rittgutsbesitzer schon seiner Unterhaltungspflicht genügt haben! Wenn nun der Artikelschreiber meint, den schädigenden Einfluß der Restgüter klar gemacht zu haben, so befindet er sich auf dem Holzweg, und möge er die gerechte und gleichmäßige Besteuerung des Besitzes ruhig wie bisher der Regierung überlassen. Es geht ihm wohl, wie dem Fuchs in der Parabel: weil die Trauben zu hoch waren, sind sie sauer. Kein Restgutsbesitzer, blos ein Bauer.

**Luftschiffahrt.**

Der in Bitterfeld aufgestiegene Lenkballon „B. 5“ ist Dienstag Nachmittags 1 Uhr 55 Min. in bester Verfassung auf dem Schießplatz in Tegele glatt gelandet. — Das Luftschiff „M. 3“, das am 9. Februar bei Mariendorf eine Notlandung unternehmen mußte, unternahm am Dienstag eine neue Fahrt über Spandau nach Döberitz und Potsdam und landete dann glatt auf dem Tegele Schießplatz.

**Mannigfaltiges.**

(Herbals Hochwassersnöte.) Die Seine ist in den letzten 24 Stunden um 40 Zentimeter gestiegen und steigt weiter, ebenso die Marne. In Paris wurde der Quai d'Orteil überschwemmt. Aus Amsterdam wird vom Dienstag gemeldet: Seit gestern Abend sind die Ortschaften am Ufer der Maas in Gefahr. Die Lage ist sehr kritisch. Die Hochöfen und Fabriken in der Nähe von Maastricht sind überschwemmt, viele Arbeiter müssen daher feiern. In Maastricht selbst ist der Schaden groß, Hunderte von Häusern stehen unter Wasser.

(Brand.) Nach Meldung aus Konstantinopel ist in der Nacht zum Dienstag der Justizpalast in Adana abgebrannt. (Automobil-Unglück.) Der argentinische Minister Maschwitz ist durch ein Automobil-Unglück auf der Fahrt von Biarritz nach Bordeaux ums Leben gekommen.

**Neueste Nachrichten.**

Fünf neue Frauenmorde. Berlin, 1. März. In Deutschland wurden gestern allein drei, in Frankreich zwei Frauenmorde entdeckt. Als die Tochter des Justizrats Weber in Naumburg wurde eine Leiche erkannt, die bei Burgwerben aus der Saale gelandet ist. Nach den Verlehnungen scheint es sich um einen Lustmord zu handeln, der an dem 13jährigen Mädchen begangen wurde. Auf einem Wege bei Donauwörth wurde die 26jährige Bauerntochter Juliane Brenner ermordet und beraubt aufgefunden. Der Körper der Unglücklichen war furchtbar verkümmert; es scheint ein Sittlichkeitsverbrechen vorzuliegen. Die Leiche wurde in der Saale beigesetzt. Freiherr von Seckendorff †. Berlin, 2. März. Hofmarschall a. D. Freiherr von Seckendorff ist gestorben. Verbot von Wahlrechtsverammlungen im Freien. Berlin, 2. März. Der Polizeipräsident von Berlin verweigerte die von sozialdemokratischer Seite nachgesuchte Genehmigung zur Abhaltung von Wahlrechtsverammlungen unter freiem Himmel am 6. März. In der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß die Teilnehmer im wesentlichen dieselben sein würden, die am 13. Februar ohne Genehmigung der Polizeibehörde, also gesetz-

widrig, Straßenaufzüge verankert haben. Da die Teilnehmer sonach Gesetzwidrigkeiten nicht scheuten, wäre Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten.

Abschluß der Aogat. Berlin, 2. März. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister der öffentlichen Arbeiten auf Anfrage: Die Verhandlungen über den Abschluß der Aogat führten anheimend zu einem günstigen Ergebnis; er stelle ein Gesetz im Laufe dieser Tagung in Aussicht.

Gladwünsch des Kaisers. Hamburg, 2. März. Der Kaiser ließ durch den preußischen Gesandten dem Bürgermeister Burchard antwärtlich dessen 25jährigen Jubiläum als Senator sein Bild mit den besten Glückwünschen überreichen.

Überfall auf einen Kassenboten. Chemnitz, 2. März. Heute Vormittags 10 Uhr wurde auf den Kassenboten einer hiesigen Bankfirma, der einen größeren Geldbetrag einlieferte, auf offener Straße ein Raubanschlag verübt. Der Täter, ein junger Mann von 20 bis 22 Jahren, verletzete den Boten mit einem spitzen Instrument am Kopf und ergriff dann die Flucht, konnte aber bald darauf verhaftet werden.

Die Unterschleife in Toulon. Paris, 2. März. Im Auftrage des Seekriegsgerichts von Toulon sind bei dem Vertreter des Marine- und Kriegsministeriums in Orient sämtliche Geschäftspapiere beschlagnahmt worden, darunter viele Briefe des Lieferanten Balog.

Besuch des Königs von Serbien in Petersburg. Petersburg, 1. März. Die Ankunft des Königs von Serbien in Petersburg wird zwischen dem 21. und 27. d. Mts. erwartet. Der König wird außer von einer Suite wahrscheinlich vom Minister des Äußeren begleitet sein.

**Das bulgarische Königspaar in Petersburg.**

Petersburg, 1. März. Der König und die Königin der Bulgaren wurde heute in Zarstoje Selo vom Kaiser und der Kaiserin empfangen und zum Tee geladen. Der Kaiser überreichte dem König sein Porträt für den Prinzen Boris.

Hochwasser. Ungers, 1. März. Infolge des Hochwassers ist der Deich Chevallire, der das Tal des Flusses Authion schützt, durchbrochen, und ganze Dörfer sind überschwemmt.

Präsident Domingo de Obaldia †. Panama, 1. März. Präsident Domingo de Obaldia ist gestorben. Sein Nachfolger ist der bisherige Vizepräsident Menendez.

Ein Eisenbahnzug von einer Lawine getroffen. Everett (Washington), 1. März. Über einen Personenzug der Great Northern-Eisenbahn ging heute eine Schneelawine nieder. Ein Hilfszug ist abgeschickt worden.

Everett (Washington), 2. März. Aus dem im Kastadengebirge durch eine Schneelawine verschütteten Eisenbahnzuge sind bis jetzt 20 Personen gerettet und 25 Leichen geborgen. 25 Personen fehlen noch. Die Geretteten sind mehr oder weniger schwer verletzt.

Der Ausbau der nordamerikanischen Flotte. Washington, 1. März. Die Marinekommission des Repräsentantenhauses hat dem Bau von zwei Linien Schiffen und vier Unterseebooten zugestimmt.

Die Präsidentenwahl von Rio de Janeiro. Rio de Janeiro, 1. März. Die Präsidentenwahl verlief vollkommen ruhig. Für Hermes da Fonseca waren bis zum Abend 7910, für Barbosa 2472 Stimmen gezählt. Der Straßenbahnaustritt in Philadelphia.

Philadelphia, 1. März. Die Ordnung ist wieder hergestellt. Die Beilegung des Straßenbahnaustrittes wird als unmittelbar bevorstehend angesehen.

**Ämtliche Notierungen der Danziger Produkten-Börse**

Wetter: kühl. für Getreide, Hülsenfrüchte und Olsaaten werden außer dem notierten Preise 2 Mk. per Tonne (sogenannte Faktorei-Prämien) annehmlich vom Käufer an den Verkäufer vergütet. Weizen unverändert, per Tonne von 1000 Rgr. russisch, hochunter 747 Rgr. 175 Mk. bez. russisch, bunter 747 Rgr. 165 Mk. bez. Roggen unverändert, per Tonne von 1000 Rgr. inländ. 678-726 Rgr. 156-160 Mk. bez. Gerste ohne Handel. Hafer unverändert, per Tonne von 1000 Rgr. inländ. 154-158 Mk. bez. Rohzucker. Tendenz: fest. Rendement 89% f. Rauschzucker 14,50 Mk. inkl. Sad. Riehe per 100 Rgr. Weizen 10,60-10,80 Mk. bez. Roggen 9,50-9,60 Mk. bez. Der Vorstand der Produkten-Börse.

Bromberg, 1. März. Handelskammer-Bericht. Weizen, unv., weißer 130 Pfd. holländisch wiegend, brand- und bezugfrei, 223 Mk., roter u. Sommerweizen 130 Pfd. holl. wieg., brand- und bezugfrei, 220 Mk., geringere Qualitäten unter Notiz. — Roggen, flauer, 123 Pfd. holl. wiegend, gut gesund, 155 Mk., do 121 Pfd. holl. wiegend, gut gesund 153 Mk. Leichtere Qualitäten 133-152 Mk. — Gerste zu Mälzereizwecken 130-135 Mk. — Brauware ohne Handel. — Futtermittel nominell. — Kogersbisen —. — Hafer 147-153 Mk. Zum Konjum 154-164 Mk. Die Preise verließen sich loco Bromberg.

Magdeburg, 1. März. Zunderbericht. Kornzuder 88 Grad ohne Saft 14,00-14,15. Nachprodukte 75 Grad ohne Saft 11,80-11,95. Stimmung: fest. Brottraffande I ohne Saft 24,00-24,25. Aritalkzucker I mit Saft —. Gem. Raffinade mit Saft 23,75-24,00. Gem. Melis I mit Saft 23,25-23,50. Stimmung: fest. Hamburg, 1. März. Rüböl ruhig, verzollt 56,00. Raffee ruhig. Umsatz — Saft. Petroleum amerik. spez. Gewicht 0,800 loco luftlos, 6,30. Weller: schön.

**Telegraphischer Berliner Börsenbericht.**

	2. März	1. März
Tendenz der Fondsbörse: —		
Oesterreichische Banknoten	84,90	85
Russische Banknoten per Kasse	216,65	216,40
Wechsel auf Warschau		
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2 %	93,90	93,90
Deutsche Reichsanleihe 3 %	84,90	85
Preussische Konjole 3 1/2 %	93,90	93,90
Preussische Konjole 3 %	84,90	85
Thornier Stadtanleihe 3 1/2 %	—	—
Thornier Stadtanleihe 3 %	—	—
Westpreussische Handbriefe 3 1/2 %	89,20	89,25
Westpreussische Handbriefe 3 %	81,75	81,75
Rumänische Rente von 1894 4 1/2 %	91,70	91,40
Russische unregulirte Staatsrente 4 1/2 %	90,70	—
Russische Handbriefe 4 1/2 %	95,50	95,25
Große Berliner Straßenbahn-Aktien	187,10	187
Deutsche Bank-Aktien	257,25	256,40
Disconto-Kommandit-Aktien	197,40	196,85
Norddeutsche Kreditbank-Aktien	122,50	122,75
Ostbank für Handel und Gewerbe	126,80	126,80
Allgemeine Elektrizitäts-Aktiengesellschaft	264	263,60
Böhmische Geschäft-Aktien	244,50	244,50
Harpener Bergwerks-Aktien	200,30	198,40
Saargebirgs-Aktien	164,75	173,75
Weizen loco in Newyork	—	—
Mal	222,75	223,75
Zuli	222,75	223,50
September	211,50	212,50
Roggen Mal	168,25	169,25
Zuli	172,50	173,75
September	—	—
Spiritus: 70er loco	—	—
Zuli	—	—
September	—	—
Bambardzinsfuß 5 %, Privatdiskont 3 1/2 %	—	—

Danzig, 2. März. (Getreidemarkt.) Zufuhr 23 inländische, 38 russische Waggons. Königsberg, 2. März. (Getreidemarkt.) Zufuhr 71 inländische, 80 russische Waggons erst. 8 Waggons Mele und 9 Waggons Ruden.

Berliner Viehmarkt. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion Berlin, 2. März 1910. Zum Verkauf standen: 473 Rinder, darunter 254 Bullen, 130 Kühe, 89 Kälber und Färsen, 2675 Rinder, 1548 Schafe, 15168 Schweine.

Preise für 1 Zentner	Lebendgewicht	Schlachtgewicht
Rinder:		
a) Doppelter feiner Mast	—98	—130
b) feinste Mast (Vollmischmast) und beste Saugkälber	50-63	—106
c) mittlere Mast- und gute Saugkälber	52-58	89-98
d) geringe Saugkälber	35-46	75-86
Schafe:		
a) Mastlamm u. jüngere Masthammel	35-40	77-80
b) ältere Masthammel	31-35	69-76
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	25-30	54-65
d) Marktchafe und Niederungschafe	—	—
Schweine:		
a) Fettchweine über 3 Jhr. Lebendgem.	57	71
b) vollfleischige d. feineren Rassen u. deren Kreuzungen über 2 1/2 Jhr. Lebendgem.	55-56	69-70
c) vollfleischige d. feineren Rassen u. deren Kreuzungen bis 2 1/2 Jhr. Lebendgem.	54-56	67-70
d) fleischige Schweine	52-54	65-68
e) gering entwickelte Schweine	50-52	62-65
f) Sauen	51-54	64-67

Rinder blieben 150 unverkauft. Kälberhandel ziemlich glatt. Schafe blieben wenig unverkauft. Der Schweinemarkt schloß ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

**Wetter-Nebericht.**

der Deutschen Seewarte. Hamburg, 2. März 1910.

Name der Beobachtungs-Station	Barometerstand	Windrichtung	Wetter	Temperatur Celsius	Wetterzeichen	Wetterzeichen
Borkum	769,4	—	halbbedeckt	1,4	1	766
Hamburg	770,3	W	Rebel	3,6	2	766
Swinemünde	769,5	S	Rebel	3,0	0	767
Neufahrwasser	770,0	—	bedeckt	3,2	0	769
Memel	771,0	D N D	wolkenlos	2,2	0	769
Hannover	770,4	S	bedeckt	4,8	4	766
Berlin	769,2	S D	bedeckt	2,0	0	766
Dresden	770,3	—	wollig	2,0	0	768
Breslau	769,3	S	Rebel	6,9	1	767
Bromberg	769,7	N D	Rebel	4,5	1	768
Wesl	771,3	W	Rebel	—	1,4	769
Frankfurt (Main)	770,8	S W	Rebel	0,5	3	767
Karlsruhe (Baden)	770,5	S W	Rebel	1,4	2	768
München	770,6	N W	Regen	1,6	1	769
Zugspitze	528,4	N W	Schnee	—14,6	3	529
Schilf	759,9	S S W	bedeckt	7,8	2	758
Aberdeen	752,1	S S D	Regen	6,8	5	759
Je d'Alg	770,3	S S D	heiter	5,2	0	770
Paris	770,2	—	wolkenlos	—	2,0	768
Willingen	769,8	S	heiter	3,6	0	768
Christiansund	763,5	S D	halbbedeckt	2,0	0	761
Stagen	767,1	S S W	Rebel	3,8	—	765
Nopenhagen	768,3	S S W	Regen	4,2	—	766
Stockholm	769,8	S S W	bedeckt	1,1	1	769
Saparanda	769,7	—	Rebel	—	15,0	766
Archangel	762,1	N W	bedeckt	—	3,6	761
St. Petersburg	769,9	S S W	bedeckt	1,4	0	768
Wien	768,5	N D	bedeckt	6,0	0	767
Rom	762,5	N D	wolkenlos	6,0	0	762
Warschau	769,5	D S D	bedeckt	4,3	0	768

Hamburg, 2. März, 10<sup>00</sup> Uhr vormittags. Hochdruckgebiet über 770 mm von Innerussland bis zur Ostsee und ostwärts vorgebrungen, von den Pyrenäen bis zur Ostsee; ozeanische Depression mit Minimum südlich Island, neuer Ausläufer nach den Britischen Inseln, Depression über dem Mittelmeer verflacht. Witterung in Deutschland: ruhig, neblig, trübe, Temperatur etwas über dem Gefrierpunkt; Nordwesten und Süden hatten Niederschläge.

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn. vom 2. März, früh 7 Uhr. Lufttemperatur: + 5 Grad Cels. Wetter: trübe. Wind: Südost. Barometerstand: 772 mm. Um 1. morgens bis 2. morgens höchste Temperatur + 7 Grad Cels., niedrigste + 2 Grad Cels.

**Wassersände der Weichsel, Brahe und Nehe.**

Stand des Wassers am Pegel	Lag m			
	Tag	m	Lag m	
Weichsel Thorn	2	2,80	1	2,86
Zawichost	—	—	—	—
Warschau	2	2,32	1	2,43
Chwalowice	28	3,20	27	3,33
Zatoczyn	26	1,62	25	1,43
Brahe bei Bromberg D. Pegel	1	5,42	28	5,40
U. Pegel	1	2,04	28	2,04
Nehe bei Garnitau	1	—	28	1,22

3. März: Sonnenaufgang 6.46 Uhr, Sonnenuntergang 5.39 Uhr, Mondaufgang 12.50 Uhr, Monduntergang 9.16 Uhr.

**Kirchliche Nachrichten.**

Freitag den 4. März 1910. Mittägliche evangel. Kirche. Abends 6 Uhr: Passionsandacht. Pfarrat Jacobi. Sonate von Mendelssohn (Orgelchor).



# Die Presse.

(Zweites Blatt.)

## Beamte, Mittelstand und staatliches Verantwortungsgefühl.

Aus mittleren Beamtenkreisen schreibt man uns: Wohin wir auch immer blicken, überall, wo uns das reiche, vielgestaltige Leben in der Natur entgegentritt, drängt sich uns mit zwingender Gewißheit auf, daß die Voraussetzung jeder gesunden Entwicklung, die auf unabänderlichen Gesetzen beruhende organische Gliederung ist. Diese Erkenntnis hat auch — ob bewußt oder unbewußt — bei allem menschlichen Schaffen und Wirken, sowie bei den als erforderlich gehaltenen menschlichen Einrichtungen die Richtschnur gegeben.

In unserer Zeit steht an erster Stelle aller menschlichen Einrichtungen wohl der Staat. Wo es sich daher um seine Grundlagen handelt, wird es ganz besonders nötig sein, alles zu vermeiden, was nicht im Einklang zu bringen ist mit den naturgemäßen Lebensbedingungen, von denen allerwärts, also auch beim Staate, Gedeihen oder Verderb abhängt. Ein Staat kann nur Bestand haben, wenn er, auf festem, unverrückbarem Fundamente ruhend, organisch gegliedert sich aufbaut und seine einzelnen Glieder, die verschiedenen Berufsstände, in gemeinsamer Arbeit das Staatsganze zu fördern suchen. Mit dem sinnlosen und vernunftwidrigen Freiheits- und Gleichheitsprinzip, das noch aus den Kinderjahren des Parlamentarismus stammt, ist nichts anzufangen. Nichts ist gleich in der Welt und alles ist an bestimmte Gesetze gebunden. Jede Verletzung dieser Gesetze würde sich schwer rächen. Nicht anders wäre es, wenn man den auf Gleichmacherei in staatlichen Dingen hingzielenden Bestrebungen nachgeben wollte. Die besten Kräfte würden niedergehalten, eine Unsicherheit entsteht, die die Früchte redlicher Arbeit in Frage stellt, und den Gesamtorganismus in seinen edelsten Teilen lähmt. Wir Erdenkinder können auch als Staatsgebilde nicht in der Luft schweben. Wir brauchen für unsere staatlichen Einrichtungen festen Boden und feste Stützpunkte und die garantieren uns am ersten die auf strengen Sittenbegriffen beruhende Familie und die Freude am Berufe mit der Aussicht auf eine selbständige Existenz. Dieses Ziel muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für möglichst Viele erreichbar gemacht und es müssen Vorkehrungen getroffen werden, es dauernd als erstrebenswert zu erhalten. Strenge, Fleiß und Können müssen geschätzt werden, sowohl vor dem spekulativen Großkapital als auch vor der oberflächlichen Masse, die zu allen Zeiten demagogischen Umtrieben so leicht zugänglich gewesen ist. Welche ungefunten und niederdrückenden Verhältnisse jetzt vielfach bei uns herrschen, das beweist u. a. wieder die gerade dieser Tage vom 6. Handwerker- und Delegiertentag des deut-

lichen Handwerkerbundes angenommene Entschliebung, die dahin geht, daß nur derjenige ein selbständiges Handwerk betreiben darf, der es praktisch und theoretisch erlernt und seine Befähigung vor Fachleuten darzulegen hat.

Jedem Vaterlandsfreunde muß das Herz bluten, wenn er weiß, daß das spekulative Großkapital tausenden tüchtigen Handwerkern die Möglichkeit der Selbständigmachung abschneidet und sie in den Dienst von Leuten oft recht zweifelhafter Qualitäten zwingt. Solche Zustände üben aber auch besonders auf den Nachwuchs eine sehr üble Wirkung aus. Sie erzeugen und fördern die Abneigung gegen ernstes Lernen und Streben, begünstigen den Hang zu materiellen Genüssen, führen zu Zuchtlosigkeit und Verachtung jeder Autorität und schwächen das Selbstverantwortungsgefühl und damit später das Gefühl der Verantwortung für Familie und Staat. In dieser Beziehung gleichen sich heute weite Volkskreise. Diese Gleichheit ist so ziemlich das einzige, was die Freiheits- und Gleichheitsapostel bis jetzt zuwege gebracht haben. Um die Verheerungen dieser Entwicklung wären noch weit größer, wenn nicht die gesunden Kräfte im Volkskörper sich dagegen gestemmt und zur Selbsthilfe aufgegriffen hätten. Ein wirksamer Widerstand wird aber auf die Dauer unmöglich sein, wenn der Staat nicht zu Schutzmaßnahmen greift, die die schädlichen Einflüsse der Demokratie und des spekulativen Großkapitals, deren enge Verwandtschaft nachgerade auch dem Harmlosen klar werden sollte, zurückdrängt. Sowohl kulturelle und ideelle als auch Zweckmäßigkeitsgründe gebieten es, in der organischen Gliederung des Staates eine feste Basis und starke Pfeiler in Gestalt zahlreicher selbständiger Existenzen zu erhalten. Nur sie garantieren erst die Voraussetzung zu einer weitgehenden, auch wirklich zweckdienlichen Selbstverwaltung, die von unten auf, also schon in der Familie beginnen muß. Wenn jetzt so viel von der Kostspieligkeit des Verwaltungs- und Beamtenapparats die Rede ist, wird man auch nicht ununtersucht lassen können, wodurch denn alles das gewaltige Anwachsen des Beamtenheeres verursacht worden ist, und man wird zu der Überzeugung gelangen müssen, daß ihm nur zu begegnen ist durch eine tatkräftige Mittelstandspolitik, die den selbständigen Mittelstand in allen seinen Berufszweigen wieder begehrt und erstrebenswerter macht, für die tüchtigen Elemente im Volke und damit dem staatlichen Verantwortungsgefühl eine größere Ausbreitung gewährleistet. Auch der Beamte ist an einer solchen, von konservativen Gedanken getragenen Politik in mehr als einer Hinsicht lebhaft interessiert. Das Interesse des Staates ist auch sein Interesse.

Mehr denn je bedürfen wir einer starken konservativen Partei. Nur, wo die konservative Weltanschauung herrscht, ist die redliche Arbeit geschützt und das Gedeihen des Staates gesichert.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.  
31. Sitzung vom 1. März; 11 Uhr.  
Am Ministertisch: Sydow, Belsen.  
Auf der Tagesordnung steht die 2. Lesung des Budgets.

Die Sozialdemokraten beantragen: die Regierung zu ersuchen, in Zukunft für jedes Staatswert vollständige und vergleichende Angaben über Alter, Löhne, Beschäftigungsdauer, Arbeitszeit und Ferien der beschäftigten Arbeiter vorzulegen, und für jedes Staatswert gesondert und soweit möglich vergleichend zu berichten über den Anteil des Arbeitslohns an den Selbstkosten der Produkte, die Leistungen der Arbeiter, die gesetzlichen und statistischen Arbeiter- und Pensionsversicherungen, Arbeiterbeschäftigungen, Zugang und Abgang der Arbeiter.

Bei den Einnahmen bemerkt Abg. von Kessel (konservativ): Der ständige Rückgang der Einnahmen aus den fiskalischen Betrieben stimmt zu ernstesten Bedenken. Der Hinweis auf die Investierung genügt allein zur Erklärung dieser Erscheinung noch nicht. Die Direktorenstellen sind in ihrer Besetzung leider starkem Wechsel unterworfen; die hohen Gehälter der Privatindustrie ziehen oft die besten Kräfte weg. Die Jahresleistung eines Arbeiters ist stark zurückgegangen. Der Staat arbeitet zu teuer. Eine Verbilligung des Betriebs ist möglich. (Beifall.)

Handelsminister Sydow: Die Budgetkommission hat beschlossen, die vom Vorredner berührten Fragen einer Subkommission zu überweisen. Ich bin bereit, diesem Unterausschuß alles Material zur Verfügung zu stellen und den Etat klarer und durchsichtiger zu machen als bisher. Die Einnahmen sollen zerlegt, die Verwendung der Anleihen soll erläutert werden. Weiter soll zwischen den Ausgaben für Neubauten und für den laufenden Betrieb unterschieden werden. Auf die Frage, weshalb die Überschüsse zurückgegangen sind, glaube ich hier nicht eingehen zu sollen.

Abg. Maccò (nationalliberal): Die angeführten Maßnahmen zum Ziele größerer Klarheit des Etats sind dankenswert. Der Rückgang der Arbeitsleistungen führt die Jahreseinnahmen allein um 1 1/2 Millionen. Leider können wir nicht daran denken, den höheren Bergwerksbeamten dieselben Gehälter zu zahlen, wie die Privatindustrie. Was den eben eingegangenen sozialdemokratischen Antrag betrifft, der für jedes Staatswert vollständige und vergleichende Angaben über Alter, Löhne, Beschäftigungsdauer usw. der Arbeiter sowie Mitteilungen über den Anteil des Arbeitslohns an den Selbstkosten verlangt, so lehnen wir es ab, solche Interna des Arbeitsverhältnisses vor das Forum des Parlaments zu ziehen.

Abg. Brust (Zentrum): Über dem Bestreben, die Einnahmen aus den staatlichen Bergwerken zu heben, dürften die sozialpolitischen Aufgaben der Verwaltung nicht leiden. Der Schwerpunkt der geringeren Rentabilität der Bergwerke liegt in den großen Neuanlagen der letzten Jahre in Westfalen und Oberschlesien. Man beklage die geringeren Arbeitsleistungen, dürfe aber nicht vergessen, daß die Arbeiter jetzt zumeist unter anderen Voraussetzungen arbeiten, da die Bergwerke immer tiefer in die Erde geführt würden. Dadurch würden die

Arbeitsbedingungen erschwert. Die Sozialdemokraten hätten ihren Antrag eher eindringen sollen. Die „Nachrichten über die Bergbetriebe“ liegen doch schon seit Jahren vor. Hinsichtlich der bei der Diebstahls-Affäre in Gladbeck zutage getretenen Miskünde fragt Redner, ob etwa den Beamten der Bergverwaltung eine Schuld daran beizumessen sei, und wie es sich mit den Behauptungen verhalte, daß der Betriebsführer Hörmann in Westerbald allerlei Wahlbeeinflussungen und Machenschaften mit Geschäftsleuten geübt habe.

Handelsminister Sydow erwidert auf eine weitere Frage des Vorredners: Wir halten an dem Grundsatz meines Amtsvorgängers fest, daß die Berggelegenheiten loyal ausgeführt werden soll. Wir tun alles, um die geheime Wahl zu sichern.

Oberbergshauptmann von Belsen: Ein Rückgang in der einzelnen Leistung liegt allerdings vor; damit soll aber gegen den einzelnen Arbeiter kein Tadel zum Ausdruck gebracht werden. Daß bei einem großen Betriebe hier und dort einmal ein scharfes Wort fällt, wird immer vorkommen. Man verlangt von uns gutes und billiges Arbeiten, da müssen wir auch eine gute und ausreichende Kontrolle ausüben.

Abg. Leinert (Sozialdemokrat): Die Lage der staatlichen Bergarbeiter habe sich erheblich verschlechtert. Sie erhielten geradezu Kammerlöhne. Von einem Rückgang der Leistungen der Arbeiter zu sprechen, sei unberechtigt. Den Steigern sollte verboten werden, daß sie sich ohne Rücksicht auf die Lage der Familien der Arbeiter von diesen traktieren lassen und den geringen Lohn der Arbeiter in Alkohol vertun. Die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten sei vielfach unerhört. Wo bleibe die im Vorjahre versprochene Denkschrift über die Ursachen der Radbod-Katastrophe? Bei den Aufräumungsarbeiten könnten die Ursachen des Unglücks leicht ermittelt werden. Redner wendet sich dann gegen das Zentrum. Warum werden wir jetzt vom Zentrum angegriffen? Aus demselben Grunde, aus dem das Zentrum beim Wahlrecht Verrat zu üben im Begriff steht. (Großer Lärm im Zentrum; Vizepräsident Dr. Porisch erlucht den Redner, sich an die Sache zu halten.) Redner verteidigt dann seinen Parteigenossen Sachse im Streitfall Sachse-Brust. Brust habe frotzel Verleumdungen gegen die Sozialdemokraten auf dem Korbholz, daß er sich nicht so entrüstet sollte, wenn ihm mal irrtümlich etwas nachgesagt werde. Das Zentrum sei arbeitertreue; es sei die gemeinste und heuchlerischste Partei, die man sich denken könne. (Unruhe.)

Abg. Spinzig (freikonservativ) widerspricht der Behauptung, daß die Löhne der Bergarbeiter gar so schlecht seien. Bei dem Radbod-Unglück sei nichts vertuscht worden, bei den Auffindungsarbeiten seien Arbeitervertreter hinzugezogen worden.

Weiterberatung Mittwoch 12 Uhr.  
Schluß 5 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

45. Sitzung vom 1. März; 1 Uhr.  
Auf Vortrag des Abg. Frhn. von Hertling (Zentrum) wird Abg. Graf Schwerin-Löwis (konservativ) durch Applikation zum Präzidenten gewählt.

Abg. von Schwerin-Löwis nimmt die Wahl mit Dank für das ihm geschenkte Vertrauen an. Ich weiß, sagt er, die hohe Ehre zu würdigen, die Sie mir durch die Wahl in ein Amt, das vor mir so viele hervorragende Männer bekleidet haben, erweisen. Ich verspreche Ihnen, für die Erfüllung der damit verbundenen Aufgaben und Pflichten

„Ja,“ sagte die kleine blonde Frau nachdenklich, „eigentlich — weißt du, es sind doch wenigstens beides Elektrizitäten. Aber bei euch kommt es mir manchmal vor, als seiest du aus einem ganz andern Stoff gemacht als Kurt und wir alle.“ Und da hatte der kleine blonde Irwisch ein Wort gesprochen, über dem Ulrike des Nachts wieder ein paar Stunden wach lag.

So kam allmählich der Hochzeitstag heran. Ein Jahr war hingeschwunden. Ulrike sah fest im Sattel. Sie hatte einen bestimmten Wirkungskreis, der sich mehr und mehr vergrößerte. Ihr ganzes Wesen war erfüllt, von innerer Glückseligkeit. Ihre Seele jubelte dem Mann entgegen, dem sie sich vermählt hatte fürs Leben. Kurts Blide wurden brennender, seine Küsse und Liebkosungen stürmischer. Ein mühsam unterdrücktes Feuer lohnte in den beiden Menschen.

Sellentins richteten die einfache, kleine Hochzeitsfeier in ihrer Wohnung aus. Von Ulrikens Seite war niemand dazu gekommen. Ihr alter Vater lag zu Bett, und mit der Stiefmutter verstand sie sich nicht.

Einen mühseligen Brief hatte der alte Mann auf dem Krankenbett geschrieben. Kreuz und quer liefen die Schriftzüge durcheinander.

„Mein liebes Kind — wenn du auch eine ganz selbständige Persönlichkeit bist — achte immer in deinem Mann denjenigen, von dem geschrieben steht: Er soll dein Herr sein! Es kann nur einen Willen im Hause geben, sonst geht es nicht gut aus. Bedenke immer: Der Mann soll das Haupt sein, die Frau das Herz.“

„Der gute Papa!“ sagte Ulrike lächelnd. Und lächelnd schob sie den Brief in die Tasche.

Der einfachen Trauung sollte ein schlichtes Frühstück folgen. Von Kurts Seite, der ebenfalls verwaist war, war sein einziger Bruder

## Neue Pfade.

Novelle von Olga Böhlmann.  
(Nachdruck verboten.)

(2. Fortsetzung.)

Eine Zeit des reinsten Glückes folgte. Ulrikens ganzes Wesen schien sich in weiche Hingebung und Güte aufzulösen. Mehr als je war sie der Sonnenstrahlen der Kranken. Sie hätte alle Welt beglücken mögen unter dem Übermaß von Glück in ihrer eigenen Brust. Ulrike hatte ihren Verlobten gebeten, die Feiertage hinauszuschieben, bis sich ihre Zukunft etwas sicherer gestaltete. Sie wollte sich in den nächsten Wochen in der Marienvorstadt niederlassen. Ungern fügte sie Kurt.

„Ich brauche nicht mit einem Verdienst von deiner Seite zu rechnen,“ sagte er unmutig. „Ich kann meine Frau selbst ernähren.“

„Es würde mich demütigen, so ganz von dir abzuhängen. Du weißt, ich habe kein Vermögen,“ entgegnete sie leise.

Da liebte er sie gewähren. Und sie liebte ihn dafür umso mehr. Sie wurde förmlich eitel. Sie wollte ihm gefallen. Sie kaufte sich ein paar helle Blusen und trug die Blumen, die er ihr schenkte — und sie sah dabei so lieblich und mädchenhaft aus, daß es ihn entzückte. — Einmal hatte sie in dieser Zeit bei einer schweren Operation zu assistieren. Kurt wußte davon. Er hatte versprochen, sie nachher von der Klinik abzuholen.

Erregt und freudig kam Ulrike die Treppe herab. Es war alles gut gegangen.

Als sie ihm die Hand reichen wollte, zuckte er plötzlich zurück.

Sie sah ihn beunruhigt an.

„Was hast du?“

„D — ich dachte nur, daß diese Hand vor wenigen Minuten noch . . .“

„Ach so!“

Eine Falte legte sich um Ulrikens Brauen. „Daran wirst du dich gewöhnen müssen, Schatz!“ sagte sie dann kurz. „Es ist übrigens alles gut verlaufen.“

„So!“

Das klang kühl und teilnahmslos.

Schweigend gingen sie nebeneinander her. Endlich sprach Kurt leise: „Laß uns von uns reden, Lieb, und von unserer Liebe!“

Doch sie blieb verstimmt.

Aber diese kleinen Schatten verblaßten bald unter der Fülle des Glücks und Lichtes. Eine Menge süßer Sorgen traten in den Vordergrund, die Sorgen für das eigene Heim.

Frau Annie hatte eine ideale Wohnung ausfindig gemacht. Ein hübsches Haus, von Gärten umgeben, mit hohen, freundlichen Zimmern. Ulrike wollte sich drei Räume einsteilen möblieren lassen und bewohnen. Studierzimmer, Wartezimmer und Schlafzimmer. Stück für Stück wollten sie sich zusammentragen für ihr Heim. Frau Annie stellte eine lange Liste von Sachen auf, die „unbedingt“ zu beschaffen waren. Und wenn auch Kurt sowohl als Ulrike das Verständnis dafür fehlte, so gingen sie doch geduldig mit und hielten endlose Beratungen mit Möbelhändlern, Tapezierern, Dekorateurs und allerlei anderen Geschäftsleuten ab.

So verflossen ein paar Monate des Glückes. Der Abschied von der Klinik wurde Ulrike sehr schwer. Man ließ sie ungern ziehen, doch hilfreiche Freundeshände ebneten ihr den Weg. Der Chefarzt und der Medizinalrat Trieblich empfahlen sie, wo sie konnten, der Ruf, den die armen kranken Frauen überall von ihr verbreiteten in Dankbarkeit und Liebe, flog ihr voran. Das schwere Beginnen, welches so viele junge Ärzte durchmachen müssen, blieb Ulrike Müders erspart. Sie hatte

vom ersten Tag an zu tun. In ihrer Freizeit, die immerhin noch ziemlich reichlich war, schrieb sie an einem medizinischen Hausbuch für Frauen.

Um sieben Uhr holte sie Kurt ab. Sie fuhren oder gingen dann noch eine Stunde spazieren, aßen in der Stadt zur Nacht und verbrachten den Abend meist bei Sellentins.

Kurt besaß eine hübsche, angenehme Art, über alles zu plaudern, ohne dabei in die Tiefe zu gehen. Es klang gut, und Ulrike hörte ihm gerne zu und bewunderte seine elegante, leichte, sichere Art, mit der er sich bewegte und die ihr ganz fremd war. Einem ernstern Gespräch jedoch wich er stets aus; auch wenn Ulrike ihn und da ein Erlebnis ihrer Praxis, die sich Tag für Tag vergrößerte, erwähnte, schnitt er ihr meist scherzend, aber kurz das Wort ab.

„Blut- und Leichengeruch“ nannte er den leisen Duft von Karbol und Jodoform, den Ulrikens Kleider ausströmten. Sie zog sich immer von Kopf bis zu Füßen um, wenn er sie abholte.

„Er ist eifersüchtig auf deinen Beruf,“ scherzte Annie. „Das gibt sich schon in der Ehe.“

„Meinem Beruf verdanke ich mein Bestes, mein Ich.“

In einer Zeit schwerer Seelenkämpfe wurde er mir zum Retter und hat aus einem halbtoten, schwankenden Kind mich zu dem gemacht, was ich jetzt bin, zu einem in sich festen Menschen,“ sagte Ulrike schwer.

„Gott — wie du das nun wieder tragisch nimmst,“ rief Annie. „Es gibt doch eigentlich gar keine verschiedenartigen Menschen als ihr beide. Und doch liebt ihr euch.“

„Vielleicht gerade deswegen,“ entgegnete Ulrike. „Du kennst doch das Gesetz, daß ungleichnamige Elektrizitäten sich anziehen.“

meine ganze Kraft einzusetzen und gegenüber den Mitgliedern aller Parteien strengste Unparteilichkeit zu wahren. Ich bitte Sie aber auch alle ohne Ausnahme, mich in der Erfüllung meiner Aufgaben, in der Förderung der Geschäfte, in der Wahrung der Ordnung und in einer würdigen Führung der Geschäfte auf das Beste zu unterstützen. Denn wir haben ja alle ein Interesse daran, daß unsere Geschäfte würdig geführt und dadurch das Ansehen des Reichstages im In- und Auslande gewahrt wird. (Beifall.) Indem ich somit die Wahl annehme, glaube ich im Sinne des Hauses zu handeln, wenn ich dem hochverehrten Herrn Vizepräsidenten, der seit zwei Monaten mit Hingebung und Umsicht die Geschäfte des Hauses geleitet hat, den wärmsten Dank des Hauses ausspreche. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Dann wird die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern (Titel „Staatssekretär“) fortgesetzt. Abg. Dr. Böhme (wid., Deutscher Bauernbund): Meine Freunde halten an der Schutzoll-Tarifpolitik fest, unter der die Landwirtschaft imstande gewesen ist, die Produktion erheblich zu vergrößern. Der gegen den Deutschen Bauernbund erhobene Vorwurf der Steuerhege ist unberechtigt. Wir haben uns lediglich im Zustande der Notwehr befunden, als wir unsere Wähler aufklärten. Unter den indirekten Steuern leidet doch zunächst der Mittelstand, der Bauer, der kleine Handwerker, der sein Gehörde ernähren muß. Wir denken nicht daran, in der Erbschaftsteuer ein Steuerideal zu sehen, ich gebe einer Reichwertwachstumssteuer den Vorzug. Der Bund der Landwirte hat bei den Neuwahlen bis zu 45 Prozent an Stimmen verloren, ein Beweis dafür, daß die Politik der Finanzreform nicht beliebt wird. Wir müssen uns dagegen wenden, daß Staatsbehörden in einseitiger Parteilichkeit Stellung nehmen gegen die Gegner der Finanzreform, wie zum Beispiel die Posener Landwirtschaftskammer in einer Broschüre. Das ist Parteiregiment. Wie kommt ein Oberpräsident dazu, Bauern vor dem Deutschen Bauernbund zu warnen, der aus der Not der häuerlichen Bevölkerung heraus geboren wurde? Der Deutsche Bauernbund bekämpft keineswegs die konservative Partei als solche. Aus richtigen Gründen hat der Bund der Landwirte eine Steuer abgelehnt, die den Interessen des mittleren und kleinen Grundbesitzes keineswegs widerspricht; dazu kommt seine Abneigung gegen die innere Kolonisation. Wir werden durch unsere Agitation dafür sorgen, daß die jetzt auf die Spitze getriebenen Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie sich wieder abklären.

Abg. Fuhrmann (nationalliberal) polemisiert gegen Dr. Hahn, der sich seinerzeit verpflichtet habe, für den Fall seiner Wahl politisch und wirtschaftlich in nationalliberalem Sinne zu wirken, und der jetzt schon längst gerade die Nationalliberalen in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen bekämpft. Dr. Hahn werfe den Nationalliberalen namentlich auch ihr Eintreten für die Caprivi-Politik vor, wobei er vergesse, mitzuteilen, daß für die Caprivi'schen Handelsverträge auch von Mantuffel, Graf Rindow, Graf Schwerin-Löwicz und noch viele andere Konservative gestimmt haben. Dem Abg. Bassermann habe Hahn nachgesagt, auf dem nationalliberalen Parteitag von einem „Raubzuge“ der Konservativen gesprochen zu haben. Ehe er eine solche Behauptung weitertrug, hätte er sich erst aus dem Stenogramm des Parteitages Gewißheit schaffen sollen. (Sehr richtig!) Wir haben die Hand geboten, den Blod mit den Konservativen zu erhalten. Wir sind ohne Schuld an der jetzigen unheilvollen Entwicklung. (Lachen rechts.) Aber wir werden den Kampf, der uns aufgezwungen ist, aufnehmen. Ginge es nach dem Bunde der Landwirte, so hätten wir heute noch die Caprivi'schen Handelsverträge. Nur unserem besonnenen Auftreten 1902 haben wir den jetzigen Zolltarif zu verdanken. Und nach wiederum sechs Jahren, wenn es abermals zu einer Entscheidung über die Handelsverträge kommt, werden wir wieder daselbe warme Herz für die Landwirtschaft haben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Horn-Sachsen (Sozialdemokrat) tritt für Einschränkung der Arbeitszeit in der Glasindustrie ein. Die Sonntagsarbeit sollte nur zur Unterhaltung der Maschinen erlaubt, im übrigen ganz verboten werden.

Abg. Heim (Zentrum): Ich könnte eigentlich bei der Attade des Abg. Fuhrmann auf Dr. Hahn die Freude des Dritten haben (Heiterkeit), eine ge-

wisse Schadenfreude. Aber diese Attade hat doch einen etwas häßlichen Beigeschmack. (Sehr richtig!) Im Zentrum.) Der Bund der Landwirte muß doch für die Nationalliberalen eine große Gefahr sein, sonst würde ihn Herr Fuhrmann wohl nicht so heftig angreifen. Da kommt nun noch der Bauernbund. Woher stammt sein Geld? Bezieht er es etwa vom Hanjabunde? Darin würde ich eine Korruption sehen. (Widerpruch links.) Jawohl, denn der Hanjabund hat andere Zwecke, als Bauern sie haben. Woher also das Geld? Darüber hat Herr Böhme nichts gesagt. (Zuruf links.) Der fränkische Bauernbund, an den Sie mich erinnern, und der ja erst vor den Triumpfwagen des Deutschen Bauernbundes gespannt werden soll, ist frivol überrumpelt worden. Auch hat er garnicht jodelt Mitglieder, wie ihm nachgesagt werden. Abg. Böhme hat dem Bund der Landwirte vorgerechnet, daß er bei den Nachwahlen sehr schlecht abgeschnitten habe; dabei sind die Nationalliberalen weggelassen wie der neue Schnee vor der Junifonne. (Heiterkeit.) Von sozialdemokratischer Seite wird den Nationalliberalen ganz ebenso der Vorwurf gemacht hinsichtlich der Reichsfinanzreform, wie den Konservativen. Die Landwirtschaftlerfrage muß durch Ansidelung, also Sozialist Mitglieder, wie ihm nachgesagt werde. Die den Bauernbund gegründet haben, denken nicht an eine Stärkung des Bauernstandes, sondern sind Leute, die sagen: Sät zwiefach, dann könnst ihr ernten! Deshalb fann ich die Entstehung des Bauernbundes nur bedauern. Zweifellos ist seine Gründung nicht wirtschaftlichen Beweggründen, sondern nur politischen zuzuschreiben.

Abg. Hahn (Konservativ): Herr Fuhrmann hat drei Tage Zeit gebraucht, um seine Rede gegen mich zu verbreiten. (Vizepräsident Prinz Hohenzollern bittet, einen solchen Ausdruck zu unterlassen.) Ich habe den Ausdruck nur scherzhaft gebraucht; denn die Rede des Herrn Fuhrmann fann ich überhaupt nicht ernst nehmen. Ich bebreite zum Beispiel, das zitierte Wort über Herrn von Bennigen gebraucht zu haben. Es ist eine Gemeinheit, wenn jemand mit diesem Wort im Lande kreben geht. (Sehr richtig! rechts.) Wir sollten überhaupt unsere privaten Angelegenheiten möglichst drauhen lassen, auch gerade Herr Fuhrmann. (Hört! hört! und lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Es macht auf mich gar keinen Eindruck, wenn irgend eine Zeitung mit meiner Haltung nicht einverstanden ist und mich angreift. Ich fann doch meine Politik nicht nach den Blättern der verschiedensten politischen Richtungen einrichten. (Heiterkeit links.) Redner erklärt, er habe auf die bündlerische Presse stets dahin eingewirkt, daß sie sich einer gemäßigten Sprache gegen die Nationalliberalen beschränke. (Lachen links.) Der Angriff sei nicht vom Bunde der Landwirte ausgegangen, sondern von den Nationalliberalen. Er habe nie alle Nationalliberalen bekämpft, auch niemals das ihm zugeschrübene Wort gesprochen: alle Nationalliberalen müßten aus der Provinz Hannover verschwinden. Habe er doch noch bei den letzten Wahlen die Nationalliberalen unterstützt. Das Wort vom „Raubzug“ habe ich nach der „Nationalzeitung“ zitiert. Zu den Karolen des Herrn Wachhorst de Wente gehört u. a. auch eine neue Wahlkreiseinteilung. Nun, wir sind noch nicht soweit vom Modernismus angeändert, daß wir die Macht, die wir auf dem Lande durch die jetzige Wahlkreiseinteilung haben, selber verringern helfen sollten. (Heiterkeit links.) Wenn die Nationalliberalen Wahlkreise verloren haben, so ist das nicht unsere, sondern ihre eigene Schuld. Im Bunde der Landwirte haben wir versucht, die Bismarck'sche Wirtschaftspolitik wiederherzustellen. Führende Männer der Nationalliberalen haben Ehrenstellen im Bunde eingenommen. Durch die Erbschaftsteuer wäre der ganze Besitz getroffen worden. Der gesunde Sinn des Bauernstandes hat diese Gefahr erkannt und sich dagegen gewehrt. Unsere Landwirtschaft bangt vor jedem neuen Handelsvertrag, denn diese Verträge werden nur auf ihre Kosten gemacht. Die Behauptung, ich habe den Fürsten Bülow gestürzt, steht auf der gleichen Höhe, wie die übrigen Behauptungen des Abg. Fuhrmann. Fürst Bülow stürzte durch seine eigene Politik oder durch die Schuld seiner liberalen Freunde. Er gab der Linken Beispiel, die er später nicht einlösen konnte. Ich habe im Gegenteil dem Fürsten Bülow zugebetet, nicht mit dem Zentrum in dauernder Feindschaft zu leben. Die Nationalliberalen haben sich damals politisch nicht reif erwiesen und, weil ihnen die Felle weggeschwommen sind, machen sie die

Welt, den Bergen entgegen, dem Glück entgegen. In diesen Stunden war Ulrike, sie, die sich jahrelang mit kaltem Lächeln über ihre Natur erhoben, nichts anderes als ihre Mitschwester, die dem Manne entgegenzuehen: ein liebendes, glückliches Weib.

„Einverstanden.“ Ulrike erhob sich in der ihr eigenen raschen, energischen Art. Sie trug ein elegantes Reifkleid. Die blaueidene Bluse ließ ihren hübschen Hals frei.

Kurt wählte eines der vornehmen Kaiserrestaurants. Hier war der Rendezvous-Ort der eleganten Welt, Licht, Glanz und Reichtum.

Dienstfertige Kellner stürzten herzu. Der junge Mann bestellte ein feines, kleines Menü. Sie hatten kindliches Vergnügen daran, sich zu geben, als gehörten sie zu den Kindern des Reichs, die hier verkehrten, sie lachten und scherzten, und der Sekt perlte glöckchenklar in den Gläsern, und Kurt begahnte mit einer Sunderfranknote, auf die er nach dem fürstlichen Trinkgeld nur noch wenig herausbekam.

Vor Ulrike stand ein Riesenstrauß roter Kissen, den ihr Gatte drauhen am Kai von einem hochläugigen Weibe für sie gekauft, ihre glühenden Blütenköpfe hingen über die hohen, feingeschliffenen Gläser herab, und ihr Duft lag süß und schwer wie eine Wolke in der warmen Luft.

Rosengirlanden hatten das Tor begrenzt, durch das Ulrike und Kurt in ihre Ehe schritten, aber nun erhob sich aus all dem Blüthengehirn ein ernstes Gesicht mit reinen, strengen Zügen: die Pflicht.

Frau Annie hatte es sich nicht nehmen lassen, die Wohnung völlig einzurichten und zu schmücken und das junge Paar an der Tür zu empfangen. Dann verschwand sie, dem von ihr gemieteten „perfekten“ Mädchen alles Weitere überlassend, wie ein guter Geist.

Mit einem Seufzer machte sich Kurt am

Wie die „Münchener Post“ erfährt, soll der Verband bayerischer Brauereien beabsichtigen, bei Ablehnung der Bierpreiserhöhung durch die Arbeiter sämtliche Brauereiarbeiter auszusperrern.

### Provinzialnachrichten.

e Briefen, 1. März. (Verschiedenes.) Das vom hiesigen Kreisstage beschlossene Statut über die Regelung des Gebammenwesens im Kreise Briefen hat die landesherrliche Genehmigung des Königs erhalten. Das Statut gewährleistet den Bezirksgebammen ein jährliches Mindesteinkommen von 450 Mark, welches nötigenfalls dadurch erzielt wird, daß die Kreisamtskasse einen Ergänzungszuschuß zahlt. Nach Eintritt der Dienstunfähigkeit erhalten die Bezirksgebammen eine Altersversorgung, die sie vor äußerstem Mangel schützt.

In Rheinsberg hat sich auf Veranlassung des Herrn Pfarrers Eitner ein Zweigverein des vaterländischen Frauenvereins gebildet, dem gegen 100 Mitglieder beigetreten sind. Der Verein beabsichtigt, zunächst das Ziel der Gründung einer Diakonissenstation in Rheinsberg zu verfolgen.

In der Sitzung des hiesigen Lehrervereins berichtete Herr Lehrer Kowallik über die geplante Errichtung einer Hofpflichtversicherung innerhalb des deutschen Lehrervereins; jedes Mitglied soll gegen einen Jahresbeitrag von 15 Pfennig gegen Berufspflicht und 25 Pfennig gegen Privatpflicht geschützt werden. Dem Lehrerein in Schreiberhau trat der Verein mit 5 Mark Jahresbeitrag bei. Zu Delegierten für die Vertreterversammlung des Provinziallehrervereins, die am 29. März in Marienwerder tagt, wurden die Herren Stern, Schapira, Gorn, Gervens und Korystewicz, zu Vorstandsmitgliedern der Schulpolitischen Abteilung die Herren Kektor Heym (Vorsitzer), Frick, Schulz, Raab und Beste gewählt. Herr Stomanski, Redakteur hielt einen Vortrag über „Lehrer als Dichter“.

Culm, 28. Februar. (Beschwichtigung.) Herr Gutbesitzer Gliner hat sein auf der Culmer Vorstadt gelegenes Grundstück von 260 Morgen mit vollem Inventar für 117 000 Mk. an die An siedlungskommission verkauft. Für den Morgen wurden 450 Mk. gezahlt. Das Gut wird zu Arbeiteransiedelungen aufgeteilt.

Graudenz, 28. Februar. (Titelverteilung.) Die städtischen Körperschaften in Graudenz haben dem Betriebsleiter des Wasserwerks, Elektrizitätswerks und der Straßenbahn, Herrn Ingenieur Albert Truschowski, den Amststitel Direktor verliehen.

Graudenz, 1. März. (Verschiedenes.) Am königlichen Lehrerseminar fand die erste Lehrprüfung statt, die von 26 Prüflingen bestanden wurde. Es sind dies die Lehrer Angrif, Behrend, Boente, Fahl, Freimann, Galeski, Heinemann, Heide, Jaebke, Jobs, Kaminiski, Klein, Konrad, Kutowski, Kaborowski, Rogga, Pasch, Potogowski, Sajborst, Schirmacher, Schüle, Schulz, Weidmann, Wolnoita, Wukowski und Zelosny.

An der Oberrealschule zu Graudenz wurde heute die Abgangsprüfung abgehalten, die von 10 Prüflingen bestanden wurde. — Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe für Graudenz und Umgegend hielt seine Hauptversammlung ab. Nach dem Jahresbericht ist der Lohnsatz bei den 21 Mitgliedern von 812 000 auf 678 000 Mark zurückgegangen. Anstelle des Herrn Baugewerksmeisters Kampmann, der das Amt des Vorsitzers wegen Überbürdung mit anderen Ehrenämtern niederlegte, wurde Herr Maurermeister Buttke-Graudenz gewählt. — Die allgemeine Erstrankenliste zu Graudenz, in deren Vorstand kürzlich die freien Gewerkschaftler eingetreten sind, wählte zum Rentatent den Schriftföher Weiß von hier. Die Wahl berührt etwas sonderbar, zumal über 40 Bewerbungen von wirtschaftlichen Bureaubeamten, die in Krankentassenangehörigen lange Jahre gearbeitet haben, eingegangen waren.

Aus dem Kreise Schlochau, 25. Februar. (Drei Kinder ertrunken.) In große Aufregung wurden die Bewohner des Dorfes Al.-Briefen versetzt. Beim Nachhausewege nach beendetem Schulunterricht gingen die Kinder der Besitzer Lemanczyk, Pich und Rudnick aus Abbau Heidenmühl über das Eis des Briesener Forstes. Sämtliche vier Kinder brachen ein. Während das Kind des Besitzers Rudnick gerettet werden konnte, ertranken die anderen.

Marienburg, 1. März. (Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet) wurde heute früh in Königsdorf bei Marienburg der Bahnwärter Margart. Kopf und linker Arm wurden dem

nächsten Morgen zu dem altgewohnten Weg aufs Bureau bereit. Doch über Ulrike kam es wie Befreiung, als sie ihre alten Berufsleider wieder heraufsuchte.

Es war ihr, als jöge sie mit den ihr von Kurt ausgenötigten eleganten Toiletten etwas Fremdes aus, als sei sie jetzt erst wieder sie selbst. Fast lieblos strich sie mit der Hand über ihren Schreibtisch und erwartete voll Spannung Doktor Richter, den jungen Arzt, der sie vertreten.

„Gut, daß sie da sind! Ihre Patienten sind schon ganz ungeduldig. Sie wollen sich nicht mehr mit mir zufrieden geben,“ sagte er beim Hereintreten.

Ulrike lächelte flüchtig. Dann fragte sie mit brennendem Interesse nach diesem und jenem.

Die Diphtherie war in der Stadt. Es gab viele Kranke. Ulrike ging mit Doktor Richter fort.

Die Hände voll Blumen, kam Kurt zur Mittagszeit nachhause. Das hübsche, etwas impertinent aussehende Dienstmädchen empfing ihn an der Tür.

„Gut, daß sie da sind! Ihre Patienten sind schon ganz ungeduldig. Sie wollen sich nicht mehr mit mir zufrieden geben,“ sagte er beim Hereintreten.

Ulrike hatte sich die Anrede „gnädige Frau“ schon am ersten Abend verboten. „Nicht zuhause?“ Deutliche Enttäuschung klang aus Kurts Stimme. Er hatte sich so sehr auf dies erste Mittagessen in eigenen Heim gefreut! „Es kam ein Herr, mit dem ist die Frau Doktor fortgegangen und noch nicht zurückgekehrt.“ „So, warten Sie mit dem Servieren noch eine Viertelstunde!“ (Fortsetzung folgt.)

etwa 60-jährigen Manne vom Kumpf getrennt. Im vergangenen Jahre verunglückte sein einziger Sohn tödlich in der Allfelder Zuckerfabrik.

**Dirschau, 28. Februar.** (Der Wirtschaftsplan der Stadt für 1910) schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1.922.610 Mk. ab; das ist ein Mehr von 102.730 Mk. Die Höhe der Zuschläge zur Einkommensteuer, Gewerbe-, Gebäude- und Betriebssteuer ist noch nicht endgültig festgelegt. Dem Vernehmen nach dürfte eine Erhöhung der Zuschläge — sie betragen im letzten Jahre bei der Einkommensteuer 300 Prozent — schwer zu umgehen sein.

**Königsberg, 28. Februar.** (Der Parteitag des ostpreussischen Vereins der freisinnigen Volkspartei), der am Sonntag in der Bürgerressource zu Königsberg tagte, wählte Herrn Stadtrat Dulk, den langjährigen Vorsitzenden, zum Ehrenvorsitzenden und Herrn Reichstags- und Landtagsabgeordneten Justizrat Gylling-Königsberg zum Vorsitzenden. Beschlüsse wurden: Der Verein begrüßt mit freudiger Genugtuung den Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien und erklärt einstimmig seinen Anschluß an die neu zu begründende Partei.

**Remel, 28. Februar.** (Diebe) drangen in der Nacht zu Sonnabend in die katholische Kirche ein. Sie erbrachen den Opferstock und entwendeten 2 Mk. Die Verdreher gingen sogar soweit, den oberen Teil eines Krugstübes abzubringen und mitzunehmen. Die Räuber hatten ferner versucht, einen zweiten Opferstock zu bestehlen, was ihnen jedoch nicht gelang.

**Gnesen, 28. Februar.** (Der Konsumverein) hatte am Sonntag vor seiner endgültigen Konstituierung nach einer Hauptversammlung anberaumt. Der Ostmarkenverein suchte eine Verständigung zwischen den beiden Parteien herbeizuführen und wollte mit den Gewerbetreibenden verhandeln, was jedoch abgelehnt wurde. Eine volle Verständigung ist auch bis jetzt nicht zwischen der Kommission und den Gewerbetreibenden erzielt worden. Nur mit den Bäckern ist der Vertrag perfekt geworden. Die Bäcker liefern das Bier-Pfundbrot zu 50 Pf. und 5 Prozent Rabatt. Eine annähernde Verständigung ist auch mit den Kaufleuten herbeigeführt worden. Der Verein verlangt 5 Prozent Rabatt; man will kaufmännischerweise aber nur 3 Prozent gewähren. Es wird aber jedenfalls eine Verkürzung auf 4 Prozent erzielt werden. Die Fleischer wollen vor dem 1. April keine Erklärung abgeben, da bekanntlich die Schlachttaxe in Wegfall kommt und man nicht wisse, wie sich in Zukunft die Unkosten gestalten würden. Die Versammlung beschloß, mit den Fleischern in keine Verbindung mehr zu treten. Alsdann konstituierte sich der Verein unter dem Namen „Wirtschaftliche Vereinigung“. Es traten 106 Mitglieder bei.

**Wissa i. P., 26. Februar.** (Die Herrschaft Briesch-Gartze) in unserem Kreise, die kürzlich für 750.000 Mk. aus dem Besitz des Fürsten Sodenlohe-Dehringen in den der Ansiedlungskommission übergegangen war, ist von dieser für den gleichen Preis an den Amtsrat Behmann auf Nachfrage weiterveräußert worden. Die Übernahme erfolgt am 3. März.

### Westpr. Provinzial-Landtag.

**Danzig, 1. März.**  
Heute Mittag versammelte sich der Provinzial-Landtag der Provinz Westpreußen in dem mit äußerster Pünktlichkeit um 12 Uhr erscheinender mit Begleitung seiner Deputierten im Sitzungssaal und eröffnete den Landtag mit folgender Rede:  
„Sehr geehrte Herren! Beim Beginn der vorjährigen Tagung des westpr. Provinzial-Landtages standen wir unter dem Eindruck des Verlustes, den die Provinz durch das Hinscheiden ihres langjährigen hochverehrten Provinzialausschusses, des Vorparlamentarier Herrn Dr. v. Bismarck, verloren hat. Auch bei Ihrem heutigen Zusammentreten steht in Ihren Reihen, wie in den Provinzial- und kommunalen Vertretungen, eine Anzahl zurückliegender Jahre teils aus dem Leben geschiedener, teils durch die Last der Jahre und Kränklichkeit gehwungen ihre Mandate und Ämter niedergelegt haben. Wenn ich aus dieser großen Reihe nur den schaffestehenden Vorsitzenden Ihres Provinzialausschusses, den Oberbürgermeister und Provinzial-Landtags-Abgeordneten der Provinzial-Landtag und Ihren langjährigen, zur Erholung jetzt in der Ferne weilenden Vorsitzenden, der Provinz hervorhebe, so darf ich doch an dieser Stelle für das erfolgreiche Wirken zum Heile der Provinz Männer auch im Namen der königlichen Staatsregierung nochmals den aufrichtigsten und wärmsten Dank aussprechen. Zum erstenmal seit seinem Dienstantritt kann durch Krankheitsfernehalten Ihr Landesparlament an Ihren Verhandlungen nicht teilhaben und in gewohnter Weise regen Anteil an Ihren Beratungen nehmen. Ich weiß mich eins mit Ihnen in dem herzlichen Wunsche, daß Herr Landeshauptrichter bald volle Genesung finden und seine betriebl. Aufgaben wieder in vollem Umfange übernehmen möge. Seitens der Staatsregierung werden Ihnen direkte Vorlagen nicht unterbreitet werden. Dagegen wird durch Vermittlung des Provinzialausschusses Ihre gütliche Zustimmung zu dem Entwurf eines neuen Tarifs der von den Armen- und Krankenvereinen zu erstattenden Armenpflegekosten erbeten. In verschiedenen Vorlagen, die finanzielle Bewilligungen insbesondere auch für bauliche Zwecke beantragen, steht auch in diesem Jahre der Provinzialhaushalt wieder im Vordergrund. Wenn auch erfreulicherweise der Wohlstand in Westpreußen wieder zugenommen ist und wenn auch, wie Sie sich überzeugen werden, der Provinzialhaushalt aus dem Grunde aufgestellt ist, so haben doch andererseits auch die von der Provinz zu erfüllenden Aufgaben und die dafür bereitzustellenden Geld- und Steigerung vielfach eine Erweiterung zwar noch nicht zahlenmäßig zu berechnen, aber doch mit Sicherheit voraussehen, daß die durch das Gesetz vom 26. Mai v. J. für die Einkommensteuer-Berantwortung gewährten Benefizien auf das Einkommen der Provinz Westpreußen eine nicht unbedeutende Verminderung Wirkung äußern werden. Die des Provinzialausschusses vorgeschlagene Erhöhung des Solls an Provinzialabgaben wird

daher eine, wenn auch nur geringe Erhöhung des Prozentsatzes der Zuschläge voraussichtlich zur Folge haben. Möge auch dies Jahr, das Sr. Majestät treuer Provinz Westpreußen die besondere Ehre und Freude der Anwesenheit Sr. Majestät unseres allergnädigsten Kaisers und Königs anläßlich der Herbstmanöver bringen wird, für die Provinz in jeder Beziehung ein glückliches und gesegnetes sein. Mit diesem Wunsche erkläre ich im allerhöchsten Auftrage den 34. westpreussischen Provinzial-Landtag für eröffnet.“

Der Alterspräsident Herr Heine-Markau übernahm den Vorsitz und brachte das Kaiserhoch aus. Er teilte mit, daß der langjährige Vorsitzende, Herr Bismarck, Rat von Graß, seine Ämter niedergelegt hat. Zu seinen Ehren erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Darauf wurde durch Zuzuf als erster Vorsitzender des Provinzial-Landtages Herr Graf von Kersiering-Kreutzfeldt (bisher Stellerortreter) und als zweiter Vorsitzender ebenfalls durch Zuzuf Herr Landrat, Geheimer Regierungsrat von Conrad-Brandenburg gewählt. Der neu gewählte Vorsitzende dankte zunächst den verstorbenen Oberbürgermeister Edditt, Rittergutsbesitzer Krieger, Oberbürgermeister Ehlers, zu deren Ehren sich die Versammlung von ihren Plätzen erhob; des erkrankten Herrn Landeshauptrichters Hünze wurde durch ein an denselben abgelesenes Begrüßungsgramm gedacht, in dem der Hoffnung auf baldige Genesung Ausdruck gegeben wurde. Auch an Herrn Geheimrat v. Graß soll ein Begrüßungsgramm zum 6. März nach Genua gerichtet werden. Als Schriftführer wurden die Abgg. Dr. Blichert und Dr. Bohrer gewählt, zu Quästoren die Abgg. Dr. Tornwaldt und Wiele. Herr Graf Fink v. Finkenstein teilte mit, daß die Vorlagen durch Herrn Landesrat Kruse und Redner vertreten werden. Aber die zu wählenden Kommissionen machte man sich dann schlüssig, womit die erste Sitzung geschlossen war.

Nach einer kurzen Pause wurden in der zweiten Sitzung die Kommissionen gewählt. In die Redaktionskommission wurden 2 Abgeordnete gewählt und 2 vom Vorsitzenden ernannt. Die Wahlprüfungskommission besteht aus 5 Abgeordneten, die Petitionskommission aus 5, die Rechnungsrevisionskommission aus 9, die Kommission für den Neubau einer Hebammenbrunnanlage aus 7 Abgeordneten.

Nachdem die nächste Tagesordnung festgestellt war, wurde die morgige Sitzung auf 1 Uhr anberaumt.

### Polaknachrichten.

**Zur Erinnerung, 3. März, 1907** † Dr. W. von Stiegel, ehemaliger württembergischer Bundesbevollmächtigter in Berlin. 1906 † Romero Robledo, bekannter spanischer Politiker. 1903 † Franz von Nieger, Begründer der altösterreichischen Partei. 1902 † Karl Krause, bedeutender Großindustrieller Sachsens. 1897 † Senatspräsident Dr. Friedrich von Hahn zu Leipzig. 1896 † Fürstbischof Grubenhagen in Kattowitz. 1885 † Prinzessin Antoinette von Anhalt. 1878 † Präliminar-Friede von St. Stefano zwischen Rußland und Türkei. 1864 † Herzog Wilhelm von Urad, Graf von Württemberg. 1861 † Kofuhs Rede im ungarischen Reichstage, die „Lautrede“ der ungarischen und Wiener Revolution. 1806 † C. A. Rosenkranz, bekannter Naturforscher. 1806 † S. E. Boje, Gründer des Söltlinger Hainbundes. 1758 † Karl Cramer, deutscher Romanhistoriker. 1554 † Johann Friedrich der Gutmütige, Kurfürst von Sachsen, der letzte Ernestiner, der die Kurwürde getragen.

### Thorn, 2. März 1910.

(Beim Reichstag eingegangene Bittschriften.) Rechnungsrat Baade, Ober-Militär-Intendantursekretär in Danzig, bittet um Erhöhung des Gehalts der Intendantursekretäre. Provinzialamtsinspektor Großwaldt in Königsberg bittet, den Befehl der Budgetkommission auf Streichung von acht neuen Provinzialamtsdirektoren und vier Provinzialmeisterstellen wieder rückgängig zu machen. Bureauhilfe Georg John in Danzig und Genossen bitten, für die Bureaugehilfen mit Beamtenvergütung bei den kaiserlichen Werften etatsmäßige Stellen zu schaffen, ihr Dienstverhältnis zu erhöhen und ihnen Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren. Rechtsanwalt Rudolf Knorr in Culmburg bittet um Einschränkung des Anlagemonopols der Staatsverwaltung durch Zulassung der subsidiären Privatanlage. Das Vorstehende der Kaufmannschaft in Danzig bittet um Erlaß von Bestimmungen, wonach eine Begünstigung einzelner Berufsstände beim Verkauf von Realitäten nicht stattfinden darf.

(Eine kleine Verwaltungsreform.) Es sind bekanntlich Bestrebungen im Gange, die Oberpräsidenten zu entlasten und weitere Befugnisse den Regierungspräsidenten zu übertragen. Der Minister des Innern gemeinsam mit dem Justizminister haben nun in einem Erlaß vom 23. Februar 1910 die Ausführungsbestimmung zu dem Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 wie folgt abgeändert: „Die höhere Verwaltungsbehörde, der nach §§ 2-6 die Bildung der Ständesamtsbezirke, die Befestigung der Ständesbeamten und stellvertretenden Ständesbeamten, sowie die Erteilung der im § 4, Absatz 1 und 2 erwähnten Genehmigungen zusteht, ist der Regierungspräsident, im Stadtkreise Berlin der Oberpräsident.“ Diese Bestimmung tritt mit dem 1. April 1910 in Kraft.

(Die Gehaltsnachzahlungen für 1908) aus Anlaß der Beförderungserhöhungen sind nach einem Erlaß des Finanzministers von der Staatseinkommensteuer befreit. Trotzdem aber sind nach einer offiziellen Darlegung die Gemeinden berechtigt, sie zur Gemeindevollstreckung heranzuziehen, da die Gemeinden in bezug auf die Erhebung ihrer Steuern vollständig autonom sind und nach früheren Entscheidungen des Obergerichtes der Bezirke des Staats auf ihre Einkommensteuer für die Gemeinden keineswegs bindend ist. Zwischen dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern besteht auch hierüber Übereinstimmung, so daß für die Gemeinden irgend welche Behinderung zur nachträglichen Besteuerung der Gehaltsnachzahlung nicht vorhanden ist. — Die Berliner städtische Steuerdeputation hat durch Umfrage bei den Vorkommenden festgestellt, daß vier Stadtgemeinden und zehn Landgemeinden die Nachzahlungen zur Gemeindesteuer heranziehen. Drei Gemeinden verzichten darauf und die übrigen nehmen noch eine abwartende Stellung ein.

(Der westpreussische botanisch-zoologische Verein) bemüht sich, Feststellungen über unsere wichtigeren Zugvögel zu

machen, im besonderen bezüglich ihres ersten Eintreffens bei uns im Frühjahr und ihrer Zugstrafen. Zuverlässige Beobachter in großer Zahl und in allen Teilen der Provinz und ihrer Grenzgebiete sind hierzu erforderlich. Die königliche Regierung zu Marienwerder empfiehlt den Lehrern die Unterstützung dieser Bestrebungen. Es handelt sich jetzt um Ausfüllung und spätere Einfindung einer Postkarte, auf welcher für Feldlerche, Staar, Hausfink, Aibiz, Buchfink, weiße Bachstelze, Sprosser bezw. Nachtigall, Rauchschwalbe, Stadt- oder Mehlschwalbe, Turmschwalbe, Kuckuck, Wildgans, Schwan, Waldschnepe: Tag des Eintreffens, a) nach auf dem Zuge, b) am Neste, Tagesstunde der Beobachtung, Zugrichtung, Witterung, Windrichtung einzutragen sind.

### Eine häufige Infektionsart der Schwindsucht.

Zur Verhütung der Erkrankung an Tuberkulose sind bei dem heutigen Stande der Wissenschaft zwei Maßnahmen zu beobachten. Einmal ist zu vermeiden, daß die Tuberkelbazillen, jene kleinsten Lebewesen, deren zerstörendes Wirken im Körper die Erscheinungen der Tuberkulose verursacht, in den menschlichen Körper eindringen, und zweitens, daß dem Organismus die ihm von Natur mitgegebene Abwehrkraft gegen diese Feinde beeinträchtigt wird. Die größte Gefahr nun für die Übertragung der Krankheitskeime auf die Gesunden bilden die an Tuberkulose Erkrankten, und unter den Wegen, auf denen sie Gesunden anzustecken vermögen, ist einer der häufigsten, wenn auch leider im Publikum trotz aller Warnungen immer wieder vergessene, der sogenannte Tröpfcheninfektion, wie Professor Flügel, welcher zuerst darauf hingewiesen hat, diese Übertragungsart nannte. Bei dem Sprechen, Husten, Niesen, lebhafte Lachen usw. werden nämlich feinste, für das Auge nicht sichtbare Tröpfchen Speichel in die Luft geschleudert, und diese Tröpfchen enthalten mehr oder weniger zahlreiche Tuberkelbazillen. Bis auf 1 Meter Entfernung von den Schwindsüchtigen fliegen diese Tröpfchen, und da sie etwa eine Stunde in der Luft bleiben, so können sie sehr leicht von Gesunden, die in demselben Raume weilen, eingeatmet werden. Diese Gefahr wächst ganz bedeutend, wenn der Kranke im Zwiesgespräch dem Gesunden gegenübersteht oder einen Gesunden direkt anhaucht, und daher sollte diese Tatsache sowohl dem Gesunden als dem Kranken unbedingt bekannt sein und von beiden beachtet werden. Ein Schwindsüchtiger darf niemand ansprechen oder anlachen, er muß stets dafür sorgen, daß der aus seinem Munde ausgehende Luftstrom sich nicht unmittelbar mit der Einatemluft des Anderen mischt, und ebenso muß sich auch der Gesunde hüten, sich der Einatemluft des Schwindsüchtigen auszulassen. Eine solche Vorsicht braucht zu keiner Brutalität gegen den Kranken zu führen, da sie sich nur in dem Rahmen der allgemeinen Rücksichtnahme bewegt, die wir Menschen einander schulden, und zu deren Forderungen auch diejenige gehört, daß man überhaupt, ob gesund oder krank, vermeiden soll, einen anderen Menschen anzubrechen oder gar anzuhusten. Dr. W.

### Literarisches.

Le Traducteur — The Translator — II Traduttore — drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache — Diese Zeitschriften, welche soeben einen neuen Jahrgang beginnen, machen sich zur Aufgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Lesetext nebenan gestellte genaue Übersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die Genauigkeit in der Wiedergabe des Sinnes erlernt werden kann. Jede Nummer enthält neben einer durchlaufenden größeren Erzählung mannigfaltigen Leses- und Lehrstoff, Gespräche, kaufmännische Briefe, Uebersetzungsaufgaben, sowie eine besondere Rubrik für Briefe, Postkarten- und Zeitungsaustausch. Wer sich mit Sprachstudium befaßt, dem seien diese überall gut eingeführten und bekannten Zeitschriften aufs wärmste empfohlen. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

### Mannigfaltiges.

(Zur Wiener Duellaffäre) wird jetzt mitgeteilt, daß der Gegner des getötenen Barons Widerhofer, Dr. Meyer, aus der Schweiz zurückgekehrt ist und sich dem Landesgericht in Wien selbst gestellt hat. Er wurde sofort in Haft genommen.

(Wieder der Papst über den Journalistenberuf.) Papst Pius X. bemerkte gelegentlich einer Audienz, wie ein Journalist sich mit einer Feder Notizen machte. Der heilige Vater trat von seinem Throne herunter, nahm dem Manne die Feder aus der Hand und sagte: „Der Journalist hat heute die edelste Mission auf der Welt. Ich segne das Symbol deines Amtes. Meine Vorgänger segneten die Schwert- und Schilder der christlichen Krieger. Ich ziehe es vor, den Segen des Himmels für die Feder der christlichen Journalisten zu erbitten.“

(Diamantensucher.) Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus New-York hat sich dort eine Gesellschaft gebildet behufs Errichtung einer Anlage zur Gewinnung von Diamanten bei Murfreesboro (Arkansas), wo sich die Unternehmer hundert Acres diamantentragendes Festland gesichert haben. Innerhalb dreier Jahre sind nach dem „Daily Telegraph“ in diesem Gebiet 700 Diamanten von 1 bis 6 1/2 Karat gefunden worden.

### De blaue Neese.

(Berliner Gerichtshof.) (Nachdruck verboten.) Der Vorsitzende der 86. Berliner Schöffengerichtsabteilung zu einer robusten Frau mit höherem Gehalt, die mit einem giftigen „Morjen!“ den

Gerichtssaal und die Anklagebank betritt: „Ach, Frau Wehlich, schon wieder hier? Hoffentlich nehmen Sie sich heute zusammen, daß ich nicht wieder eine Ordnungsstrafe über Sie verhängen brauche!“

Angekl.: „Ja werde mir schon zu benehmen wissen! Ja derf bios nich gereizt werden, Herr Gerichtshof!“

Vors.: „Das heißt soviel, als wir sollen die als Zeugen geladenen Schulleute nicht vernemen!“

Angekl.: „Det stimmt! Ja krieger immerzu det blaue Fieber, wenn id een' von de Polizei sehe!“

Vors.: „Ich weiß, Sie leiden an einer Art Blautoller! Wie steht es nun mit der heutigen Anklage? Sie sollen sich einer ganz ausgiebigen Milchpantischerei schuldig gemacht haben. Die von der Polizei untersuchte und von Ihnen vertriebene Milch hatte nur 73 Prozent Vollgehalt!“

Angekl.: „73 Prozent? Ja weef nich! Mein Trokwater, mein Vater und ide, alle daten wir mit Milch handeln; aber noch nie nich haben wir mit de Polizei in Cohnstiegt jelegen! Det is ja reene nich mehr auszuhalten, wie wir von't Revier jespiffakt werden!“

Vors.: „Das alles ist keine Antwort auf meine Frage. Wollen Sie zugestehen, daß Sie geplankt haben?“

Angekl.: „Det soll mir in Schlaf nich insallen! Die Wehlich hat's nich nötig, ihre Milch zu plansch. Ja bin vielmehr een Opfer der polizeilichen Schidachne — und da soll id nich bullerig werden?“

Vors.: „Sie scheinen aber mit der Behauptung, daß Sie polizeilichermäßig schiantert werden, recht unsicher zu sein. Warum haben Sie denn unterschrieben, daß Sie zugeben, gewässerte Milch verkauft zu haben?“

Angekl.: „Aus Ärger un Vorsicht! Diese is der bessere Teil der Milchfuhr. Ibrjens is et ooch keen Wunder nich, wenn een Blauer de blaue Neese in de Milch rinschtedt und je hintennach for blau erklart wird!“

Vors.: „Ich möchte Sie warnen, wieder ausfallend zu werden. Sie sind schon zehnmal wegen Beleidigung der Polizeibeamten vorbestraft. Auch in diesem Prozesse ist eine Beleidigungslage mit verbunden. Sie haben den Polizeiwachmeister „Neesenheinrich, Topfguder, Revierschmittler“ genannt und ihm gedroht, Ihr Ritterma an seinem Schädel zu zerhacken, wenn er sich noch einmal wagen würde, an Ihre Milchjücker heranzutreten! Stimmt das alles?“

Angekl.: „Herr Gerichtshof, id dankte for Baad-oh! So wat kann nur aus dem jechten Munde der hochjeherten Polizei kommen. Mit de Herren von de dunkelblaue Uniform is überhaupt nich zu reden! Wat hat lo een Wachmeister von de Milch for een Idee? Ja keene nich! Er denkt, wenn er sein' Apprat rinschtedt, denn is er schonst Professor, und kann eene anständige Milchfrau for'n Neesenpopel halten! So'n Jahn muß er sich ziehen lassen — an so'n Kalms piept 'ne Berliner Milchfrau nich!“

Vors.: „Die Beleidigungen wollen Sie also auch in Abrede stellen?“

Angekl.: „Jamoh! Ja kann de ganze Förlixerstrafe als Zeugen uffusen, det id mörderlich jereizt worden bin! Kee, so dumm is mich noch keener jekommen! Ja bin een Schteuer berappende Bürgerin und verlange Festhaftung un Benehmtheit von Beamten! Wie jehagt, id leigne allens! Meine Milch war reene un unverfälscht, un über meine Zähne is keene Beleidigung jekommen!“

Vors.: „Dann müssen wir den Polizeiwachmeister vernemen!“

Der Beamte wird gerufen, vereidigt, und der Vorsitzende fragt ihn, ob er die Angeklagte kenne.

Angekl. (giltig): „Ja und oh! Der Herr Wachmeister kennt mir wie'n Dreier!“

Vors.: „Sie haben zu schweigen, bis ich Sie frage!“ — Der Polizeiwachmeister bekennt, daß er seine in der Anzeige gegebene Aussage voll und ganz aufrecht erhalten muß, und daß ihm die Angeklagte auch jetzt noch, wo sie ihn trifft, verhöfliche und ihm, der über eine etwas lange Nase verfüge, auch schon mal zum Gelächter aller Passanten einen Gurkenhobel angeboten habe.

Vors. (zur Angeklagten): „Da können Sie sehen, was für gewagte Witze von Ihnen gemacht werden!“

Angekl.: „Ja enthalte mir der Stimme, schweige mir tot und heif mich uff de Zunge mit meine lekten Stummeln!“

Der Staatsanwalt beantragte 150 Mark Geldstrafe wegen Nahrungsmittelverfälschung und vier Wochen Gefängnis wegen Beamtenebeleidigung.

Vors. (zur Angeklagten): „Haben Sie auf diesen Antrag noch etwas zu sagen?“

Angekl.: „Ja werde mir hüten! Immerzu, Herr Gerichtshof!“

Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte zu 100 Mark im ersten Falle und zu vier Wochen wegen Beleidigung.

Angekl.: „Nicht in de Düte! Ja appelliere, wir haben's ja dazu! Ja werde dem Herrn Wachmeister uff'n Reichsgericht den Jimmt schon besorgen! Morjen!“ — und mit einem wütenden Blick war sie hinaus.

**Der Fischer mit dem großen Dorich auf dem Rücken**  
ist das Garantiezeichen für die echte  
**Scotts Emulsion,**  
und nur diese ist nach dem Scottschen Verfahren hergestellt. Da es aber viele mehr oder weniger minderwertige Nachahmungen gibt, deren Verpackung der echten Scotts Emulsion täuschend ähnlich nachgemacht wird, so achte man beim Einkauf genau auf unsere Fischer-Schutzmarke und weise alle diese Nachahmungen zurück.



Nur echt mit dieser Marke-bemerkung — dem Garantiezeichen des Scottschen Verfahrens!

22 Neustädt. Markt 22.  
Zahnatelier  
**H. Schneider.**  
Neben dem Gouvernement.  
**Herren-Anzüge**  
werden gutgehend angefertigt.  
F. Stahnke, Schneidermeister,  
Gerechtigkeitsstr. 11/13.

**Gummischuhe**  
werden nach neuester Methode unter  
Garantie besichtigt und repariert sowie alle  
übrigen Schuharbeiten billigst und prompt  
ausgeführt.  
**Krzyminski,**  
Marienstr. 3 u. Schillerstr. 19.  
**Schillerstr. 5.**  
450 m Tüllgardinen à 50 Pf.  
198 Damen-Banden à 1,10 Mk.  
Eine Boxie Viertel à 75 Pf.  
Taschentücher m. Hobli. 10 Pf.  
5 Kbd. Kinderhülsen à 28 Pf.

**Svalöfs**  
**Primus-Saatgerste**  
beste Gerste für Westpreußen, mehrere  
ernte Preise auf Braugersten-Aus-  
stellungen, pro Zentner 9 Mark ab hier.  
**Fischer,**  
in Lindenhof bei Thornisch-Banan.  
Nach Weichselablage Thorn,  
Nessau, Gurke, Weidenheim,  
Schmolzin, Benjan, Bösendorf  
und Scharnau offeriere  
**Ziegel I. Klasse,**  
**Decken u. Formsteine**  
zu billigen Preisen  
**Louis Grams,**  
Ziegelei Slotterie b. Thorn.

**Kohlen,**  
**Briketts,**  
**Anthrazit,**  
**Fettkoks,**  
nur  
**1a Marken.**  
**Franz Zährer,**  
Heiligegeiststr. 3.

**Beste Margarine**  
der Jetztzeit:  
**Milka extra,**  
à Pfund 85 Pf.,  
**Muldenperle,**  
à Pfund 90 Pf.  
Einmaliger Versuch führt zu dauerndem  
Gebrauch.  
Alleinvertauf in Thorn bei  
**Heymann Cohn, Schillerstr. 3.**

**Gummi-Stempel**  
liefert  
**Justus Wallis**  
Thorn

**Gutsverkauf**  
im Kreise Sensburg, Gr. 660 Morg.,  
davon 70 Morg. 80 jähr. Waldbestand,  
gute Wiesen, 30 schwere Kühe, 30 Stück  
Jungvieh, 19 beste Pferde, viel aus  
eigenen Mitteln dränirt, volle Ernte.  
Preis 152 000 Mark, Anzahlung 35-40  
Tausend. Einmalige Selbstkäufer erhalten  
näheres durch  
**Oskar Güteragentur,**  
J. Belau, Allenstein.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog  
m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.  
H. Unger, Gummivarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

**Obst- u. Gemüsegarten**  
zu verpachten.  
**Wwe. A. Gründer, Graudenzstr.**  
Plättwäsche wird sauber u. billig  
bei pünktlicher Ab-  
lieferung geplatzt. Mauerstr. 65, 2. v.

**MESSMER'S**  
AUSGEWÄHLTE FEINE  
**THEE-**  
SORTEN  
100g Pakete 055 Mk - 140 Mk  
L. Dammann & Kordes, Fernspr. 51, u. J. G. Adolph, Fernspr. 56  
und A. Sakriss, Fernspr. 43.

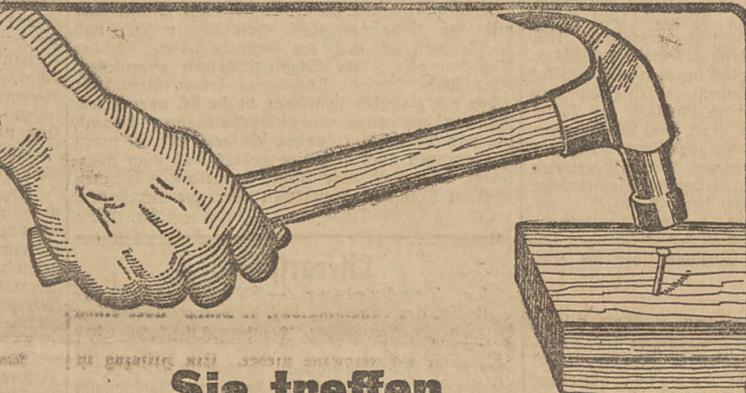
**Die Richtschnur**



für gutes  
Wirtschaften  
liegt nur in der  
richtigen Wahl der  
Haushaltsbedürfnisse.  
Zum Kochen, Braten u.  
Backen sowie als Brotauf-  
strich läßt sich die teure Butter  
vorzüglich ersetzen durch die  
van den Bergh'schen Margarine-  
Marken

**Clever Stolz**  
und **Vitello.**

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.



**Sie treffen**  
**den Nagel auf den Kopf, —**

wenn Sie morgens und nachmittags Kathreiners Malz-  
kaffee trinken. Denn Kathreiners Malzkaffee ist nicht  
schädlich, sondern jederzeit zuträglich, wohlschmek-  
kend und billig. — Machen Sie also einen Versuch!

**Haus- u. Küchengeräte**



empfehlen

**Emil Knitter, Thorn,**  
Altstädt. Markt 36.

**Porter**  
Vorzüglichen, flaschenreife  
— Barclay Perkins & Co. —  
pro Fl. 35 Pf., Wiederverk. billig.  
**Paul Krug,**  
Gerechtigkeitsstr. 8/10. Telephon 573.  
Biergrosshandlung.  
**4-5000 Mark**  
auf feste Hypothek gesucht. Von wem,  
sagt die Geschäftsstelle der „Presse“.

**Schüler-Pension.**  
Große, sonnige Zimmer, kräft. Essen,  
franz. Konversation Bräutigamstr. 13, 3.  
Verschied. gebr. fast neue Möbel,  
darunter ein Handwagen zu ver-  
kaufen  
Baderstr. 16.  
**Gut erhaltenes Herrenfahrrad**  
zu verkaufen  
Ludwigstr. 4, Hof, pt.

**Baugeschäft**  
**Geschw. Immanns,**  
Graudenzstr. 125, Telephon 545,  
empfiehlt sich zur Ausführung von  
**Neu- und Umbauten,**  
sowie Anfertigung von  
Zeichnungen, Kostenanschlägen,  
Lagerungen und Gutachten.

**Wohnungsangebote**

**Ein möbl. Zimmer**  
zu vermieten  
Mühlgraben Markt 27, 1 Tr.

**Gut möbl. Vorderzimmer,**  
ep. Eingang, sofort zu vermieten  
Mühlgrabenstr. 3, 2. vorn.

**Möbl. Zimmer**  
von sofort zu vermieten.  
Junckerstr. 6, pt.

**Möbl. Zimmer**  
ist ab 1. April nahe Selbstgehestr. (Jakobs-  
vorstadt) billig zu vermieten. Zu erfragen  
in der Geschäftsstelle der „Presse“.

**Wohnung**  
In unserem Hause, Gerechtigkeitsstr. 15/17,  
ist vom 1. April 1910 eine elegante

**Wohnung**  
in der 2. Etage, mit 2 Balkons, 4 Zim.  
Badezim. u. reichl. Zubeh. zu vermieten.  
**J. Mendel & Pommer.**

**Wohnungen:**  
3 Zimmer, Küche, Bad, Mädchenstube,  
elektr. Licht, Gas u. Zubehör, Wald-  
straße 49, part.,  
6 Zimmer, Küche, Bad, Mädchenstube,  
Küchenloggia mit elektr. Licht u. Gas-  
leitung, Wellenstr. 109, 4 Tr.,  
von sofort oder später zu vermieten.  
**Heinrich Lüttmann,**  
G. m. b. H.,  
Thorn, Mellienstr. 109.

**Königl. Dom. Zaskofsch bei Hohenkirch Wpr.**  
offeriert in guter treuer Beschaffenheit, vom  
**westpreussischen Saatbau-Verein**  
anerkannt:  
Mährische Original-Sanna-Gerste,  
2. Abf.,  
Svalöfs Ewanhals-Gerste,  
1. Abf.,  
Rote Dreegers allerfrüheste Gerste,  
1. Abf.,  
Kleine sechszeitige Gerste,  
2. Abf., zu 190 Mt. pro Tonne,  
Strubes frühe Viktoria-Gerste,  
2. Abf., 290 Mt. pro Tonne,  
in neuen plombierten Säcken à 120 Mt. pro Tonne  
franko Hohenkirch gegen Nachnahme mit  
Frachtermäßigung.



**Kakes sind leichter zu backen**  
als man allgemein glaubt; sie sollten deswegen in keinem  
Hause fehlen. Ein billiges, gutes Rezept ist folgendes:  
Zutaten: 500 g Mehl, 1 Päckchen Dr. Oetker's  
Backpulver, 175 g Butter, 75 g Zucker, 2 Eier, 5 Ess-  
löffel voll Wasser.  
Zubereitung: Butter, Zucker, Eier werden  
verrührt, mit Wasser und Mehl, letzteres mit dem Back-  
pulver gemischt, zu einem glatten Teige verarbeitet.  
Derselbe wird gut durchgeknetet, ausgerollt und mit  
einem Weingläse zu runden Scheiben ausgestochen. Mit  
einer Gabel oder einem Reibbeisen drückt man gleich-  
mäßige Vertiefungen hinein und bäckt auf einem ge-  
fetteten Blech schön gelb.

**Schrot. Mehl. Kleie.**  
**Zum Schroten und Mahlen**

nehme ich von heute ab alle Art Getreide bei billigster  
Preisberechnung in der  
**unteren Schlossmühle**  
an; daselbst, wie auch in meinem Geschäft, Bachstr. 14  
findet der

**Umtausch von Getreide**  
gegen Mehl, Kleie oder Schrot statt.  
Hochachtungsvoll

**J. Lüdtkke.**

**Heu. Stroh. Häcksel.**

**Trocken-Feuer-Löscher „Rapid“**  
löscht blitzschnell jeden Entstehungsbrand und  
ist der einfachste, zuverlässigste und billigste  
**Feuer-Löscher**  
für Fabrik, Automobil, Wohnung, Stallung etc.  
Preis 8 Mk.,  
Gratisfüllung nach einem  
Schadenfeuer.  
„RAPID“ ist hitze- und frosthaltig, sowie un-  
begrenzt haltbar.  
„RAPID“ ist bei höchsten staatlichen und städtischen  
Behörden, Großbetrieben, gewerblichen Etablissements  
und Privaten eingeführt und hat sich glänzend  
bewährt.  
Prospekte und Anerkennungs-schreiben über gelöschte  
Brände zu Diensten.  
Attestiert von Gerichts-Chemiker Prof. Dr. Jeserich.  
**Trocken-Feuer-Löscher „RAPID“, G. m. b. H.,**  
**Berlin W. 35, Potsdamerstr. 53.**  
Vertreter an allen Plätzen gesucht.



**Sämtliche**  
**Bürsten-Waren**  
kaufen Sie am haltbarsten und billigsten in der  
**Bürstenfabrik von P. Blasejewski,**  
Elisabethstraße 11.

**Dampf-Kunstoffärberei und**  
**chemische Reinigungs-Anstalt,**  
**Herrmann Bund, Thorn.**  
Fabrik Mellienstrasse 108. — Telephon 673.  
Reinigen und Färben sämtlicher Herren- und Damen-  
garderobe. Tüll, Einsätze zu Kleidern etc. werden binnen  
24 Stunden genau nach Muster gefärbt.  
**Preise konkurrenzlos.**  
Laden Coppernikusstr. 22.  
Annahme, Putzgeschäft **Henoch Nachst.,** Altstädt. Markt 12.  
Carl Arendt, Strobandstrasse 13.

# Die Presse.

(Drittes Blatt.)

## Von der Volkszählung am 1. Dezember d. Js.

Nach Beschluß des Bundesrats findet am 1. Dezember d. Js. die alle fünf Jahre fällige Volkszählung statt, die den Zweck verfolgt, die ortsanwesende Bevölkerung, das ist die Gesamtzahl der innerhalb der Grenzen der einzelnen Staaten in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember ständig oder vorübergehend anwesenden Personen, festzustellen.

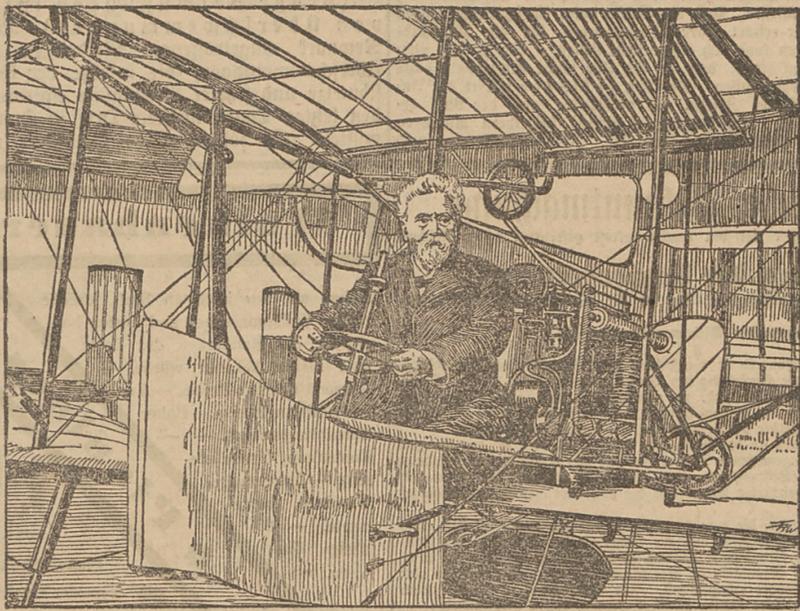
Gegenüber den Volkszählungen vom Jahre 1900 und 1905 ist die diesjährige Erhebung erheblich vereinfacht. Die damals gestellten Fragen nach dem Geburtsort, nach dem Arbeitsort, nach dem Vorliegen von Blindheit oder Taubstummheit sowie nach der militärischen Ausbildung oder Nichtausbildung der reichsangehörigen landsturmpflichtigen Männer bleiben in diesem Jahre weg; der Bundesrat beschränkt sich diesmal darauf, lediglich Namen, Stellung im Haushalt, Geschlecht, Familienstand, Alter, Religionsbekenntnis und Staatsangehörigkeit zu erfragen; den einzelnen Bundesregierungen bleibt es überlassen, für die eigenen Bedürfnisse erweiterte Erhebungen zu veranstalten. Nach Anordnung des Bundesrats soll ferner in allen deutschen Staaten mit der Volkszählung eine Feststellung der bewohnten und unbewohnten Wohngebäude und der andern zurzeit der Zählung zu Wohnzwecken benutzten festen oder beweglichen Baulichkeiten (Schiffe usw.) verbunden werden. Ob und welche Regierungen über diese Minderefordernisse des Bundesrats hinaus weitere Erhebungen über Wohnungsverhältnisse veranstalten werden, ist noch nicht bekannt.

## Arbeiterfürsorge.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1909 enthält, wie seine Vorgänger, eine Fülle bemerkenswerter Mitteilungen. So wird auf dem Gebiete der Unfallversicherung berichtet, daß zurzeit über 27 Millionen Personen gegen Unfall versichert sind. Im Betriebsjahre belief sich die Zahl aller angemeldeten Unfälle auf 653 000, die der erstmalig entschädigten auf 136 000. Renten wurden gezahlt über 162 Millionen Mark gegen 157, 150, 142 Millionen in den Vorjahren. Die Anstellung von technischen Aufsichtsbekleideten zur Überwachung der Betriebe hat bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften erfreuliche Fortschritte gemacht. Bei 60 und 66 Genossenschaften waren am Schlusse des Berichtsjahres für diese Beamten zusammen 332 Stellen (im Vorjahre 312) vorhanden.

In der Verwaltung der Invalidenversicherung sind nach dem Berichte die Entschädigungen aus der Invalidenversicherung im Jahre 1909 einschließlic des Reichszuschusses auf etwa 190 Millionen Mark zu schätzen. In den ersten 18 Jahren des Bestehens der Versicherung überhäupt sind Entschädigungen von mehr als 1 1/2 Milliarden gezahlt worden. Das Vermögen der Versicherungsträger ist auf etwa dieselbe Summe angewachsen. Die Zahl der eigenen Heilanstalten der Versicherungsämter wächst stetig. Der unbestreitbare Rückgang nicht nur der Sterblichkeit an Tuberkulose (Schwindlucht), sondern auch der Verbreitung dieser Seuche in Deutschland ist zum großen Teil auf die Heilstättenbehandlung zurückzuführen. Neuerdings werden die Anstalten auch der vielfach mangelhaften Krankenpflege auf dem Lande ihr Augenmerk zu.

Die Nachweisung über die zum Bau von Arbeiterwohnungen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses und zur Verbesserung der sanitären Verhältnisse sowie für eigene Veranstellungen zugunsten der Versicherten aufgewandten Beträge ist durch das Rundschreiben vom 22. November 1909 auf eine neue Grundlage gestellt worden. Bis zum Schlusse des Jahres 1909 wurden in runden Summen darlehensweise hingegeben zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen 263 Millionen Mark, zum Bau von Ledigenheimen 16 Millionen Mark, zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses (für Bodenverbesserung, Aufforstung, Wegebau, Hebung der Viehzucht usw.) 102 Millionen Mark, zum Bau von Krankenhäusern, Genußgenossenschaften, Volkshäusern und für Krankenpflege überhaupt 85 Millionen Mark, zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere zum Bau von Volksbädern, Schlachthäusern, Wasserleitungen, Kanalisationen, Friedhöfen, 143 Millionen Mark, für Erziehung und



Sir Hiram Maxim und seine Flugmaschine.

Der greise Erfinder der Maximkanone hat wieder eine neue Erfindung gemacht. Diesmal ist es ein Flugapparat, und zwar ein originell konstruierter Zweifelder, den Maxim als den „Puffmanwagen der Lüfte“ bezeichnet. Die wichtigsten Neuerungen an diesem Aeroplan sind ein nur 220 Pfund schwerer stählerner Petroleummotor von 80 Pferdekraften und ein großproportionaler Regulator, der nach den ersten Proben die Handsteuerung ersetzen soll. Der Flieger bietet Platz für den Führer und zwei

Passagiere. Maschine, Petroleumbehälter und Führersitz sind nahe zusammengedrückt. Vorn sind zwei horizontale Ruder, hinten ein senkrechtes. Die Propeller sind aus Holz. Der ganze Aeroplan ruht auf vier Zweiradradern, die weit auseinanderstehen, sodas ein Umkippen erschwert ist. Zwischen den beiden Vorderrädern befindet sich ein pneumatischer Puffer. Die Flugflächen sind größtenteils mit einer besonders zubereiteten Seide bespannt.

Unterricht, Hebung der Volksbildung 71 Millionen Mark, für sonstige Wohlfahrtszwecke 88 Millionen Mark, für eigene Veranstaltungen (Krankenhäuser, Heilanstalten, Lungenheilstätten, Erholungs- und Genußgenossenschaften, Invalidenhäuser usw.) 56 Millionen Mark. Der Gesamtbetrag der von den Versicherungsträgern bis zum 31. Dezember 1909 für gemeinnützige Zwecke der gedachten Art aufgewandten Mittel beläuft sich auf 829 Millionen Mark gegen 729 Millionen Mark Ende 1908. mithin im Jahre 1909 mehr 100 Millionen Mark. Das sind die Zahlen, deren schwindele Höhe den Segen unserer Volksversicherung jedem predigt, der sehen und hören will.

## Karl Peters und das Land Ophir.

Dr. Karl Peters ist von einer Forschungsreise aus Afrika zurückgekehrt und in Neapel gelandet. Über den Erfolg seiner Reise jagte er einem Redakteur des „Mattino“, er habe im Sambesgebiet, in Portugiesisch-Ostafrika Spuren phönizischer und altgriechischer Kultur entdeckt, die bis auf zwei Jahrtausende vor Christus zurückreichen. Um seine Behauptung zu beweisen, zeigte er einen in Bronze ziselierten Satz und eine in Hartstein gravierte Figur. Er habe diese zwischen dem Sambeß und dem Sabisfluß in einem 20 Meter tiefen Schachte ausgegraben. Peters bezeichnet die Gegend, wie schon seit mehreren Jahren, als eine der Urstätten menschlicher Kultur, als das Ophir der Bibel, wo König Salomon, Gold, Sandelholz und Elfenbein für den Tempelbau holen ließ. Der überaus furchtbare Boden sei mit dünnen Goldfäden durchsetzt, von denen er selbst tausende gezählt habe; es sei das gelobte Land für Auswanderer.

Dr. Peters lobte sodann die politische Einsicht Englands, das in Südafrika einen großartigen Staat geschaffen, sich die Liebe seiner Bürger erworben und seine Macht granitfest begründet habe. Er richtet an die deutsche Regierung die Mahnung, Südwestafrika ebenso zu verwalten, damit sie dort nicht unangenehme Überraschungen erlebe.

## Der Einsturz der Görlitzer Stadthalle vor Gericht.

Görlitz, 1. März. Nach fünftägiger Verhandlung ist heute in dem Prozeß wegen des Einsturzes der hiesigen Stadt- und Musikhalle das Urteil gesprochen worden. Als letzter Sachverständiger kam noch der Baurat Jaffé (Berlin) zu Wort. Er bezeichnete es als notwendig, daß die Konstruktionszeichnungen von der Gemeindebauverwaltung hätten geprüft werden müssen. Es sei ein grober Fehler, daß das seitens der Baupolizeibehörde nicht geschähe sei. — Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Staatsanwalt, der bereits gestern die Anklage gegen Naumann hatte fallen lassen, be-

antragte gegen Martini 3 Monate Gefängnis. Er führte in seinem Plädoyer aus, daß das Unglück allein der mangelhaften Dachkonstruktion zuzuschreiben sei. Ein Naturereignis sei ausgeschlossen, da nichts darauf hinweise. Lediglich durch menschliches Verschulden sei die Katastrophe zustande gekommen.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende das

### Urteil.

das gegen Martini auf drei Monate Gefängnis lautete. Die Kosten des Verfahrens, soweit eine Verurteilung nicht erfolgt ist, wurden der Staatskasse auferlegt. — Der Angeklagte Naumann wurde freigesprochen. — In der Begründung heißt es: Die Verurteilung ist erfolgt aus dem § 230 des Str.-G.-B. heraus in Verbindung mit fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung. Durch die Beweisaufnahme ist also als erwiesen anzusehen, daß die fehlerhafte Konstruktion des Knotenblechs die Katastrophe verursacht hat. Es ist berücksichtigt worden, daß die Angeklagten nicht aus Gewinnsucht gehandelt haben, dagegen kamen die verwandtschaftlichen Folgen der Katastrophe erschwerend in Betracht. Bei der Strafzumessung wurde ferner noch in Erwägung gezogen, daß die Polizeibehörde und das Schiedsgericht die Mängel der Konstruktion ebenfalls nicht entdeckt hatten.

## Der Prozeß gegen den Grafen Pfeil.

Die Verhandlungen am Dienstag begannen mit der Vernehmung des Zeugen Weikfeld, der von Gräber seinen 1000—1500 Mark versprochen, wenn er etwas Glaubhaftes, das zur Befriedigung der Angeklagten diene, beibringen werde. Er reichte zunächst eine Liquidation für seine ungelosten an Gräber über 150 Mark ein, wurde aber von diesem erlucht, eine solche über 350 Mark beizubringen. Das geschah, doch hat er auf diese Quittung keinen Pfennig erhalten. Da der Rechtsbestand der Gräber Pfeil, geb. Helm, zu ihm gelangt hat, er sei doch schon befriedigt, so nehme er an, daß Gräber das Geld erhalten, aber nicht an ihn abgeführt habe. Da Gräber dies alles bestritt, so sollen Justizrat Wiebig und Restaurateur Wiedke, in dessen Gegenwart Gräber seine Versprechungen gemacht haben soll, zum 3. März als Zeugen geladen werden. Nächster Zeuge ist Frau Dr. Wöhe-Potsdam. Dieselbe besitzt ein Pensionat in Potsdam, in dem die geschiedene Gräberin drei Sommer gewohnt. Die Zeugin entwirft von der Gräberin ein sehr ungünstiges Bild. Sie hat viel telephonisch mit Detektivden verkehrt. Aus diesen Gesprächen ist der Zeugin besonders die Bemerkung der Gräberin aufgefallen: „Machen Sie schnell, bevor er den bunten Rod auszieht.“ Die Gräberin ist sehr temperamentvoll und energisch, und ihr ist durchaus nicht zuzutrauen, daß sie sich eine ungebührliche Behandlung oder gar Mißhandlung von seiten des Gatten hätte gefallen lassen. Sie führte einen Prozeß für eine andere Dame und zeigte sich dabei allen Vermittlungsversuchen unzugänglich. Für Kinder hat sie niemals das geringste Interesse gezeigt. Zeugin hat von ihr eine Behandlung erfahren, wie sie sonst unter gebildeten Leuten nicht als anständig gilt. Zeuge Rechtsanwalt Baer-Graubenz bekundet, daß er für den Angeklagten seinerzeit dessen Zivilprozeß gegen seinen früheren Schwiegervater, Baurat Helm, wegen Weiterzahlung der Rente geführt habe. Von gegnerischer Seite erhielt er einen Vermittlungsvorschlag, worin gegen Herausgabe der Rente eine Pfändungssumme in Aussicht gestellt war, zugleich wurde aber mit schwer belastenden eidesstattlichen Versicherungen gedroht,

falls Graf Pfeil darauf nicht eingehe. Dieser wies den Antrag mit Entrüstung zurück. Der Zivilprozeß ging indessen für den Grafen verloren, da Baurat Helm eidesstattlich bekundete, das Versprechen der Rente nicht vor der Heirat, sodas diese gewissermaßen darauf basierte wäre, gegeben zu haben. In diesem Eide liege eine schwere moralische Belastung für den Baurat, und das Gericht hatte gegen die Vertheidigung so schwere Bedenken, daß sie monatelang ausgesetzt wurde. Der Sachverständige fragt den Zeugen, ob er es in seiner Praxis bereits mit Querdruken zu tun gehabt habe und ob er einen solchen Eindruck vom Angeklagten empfangen hätte. Der Zeuge kann darauf ruhig erklären, daß er in dem Angeklagten nur stets einen Mann gefunden habe, der von seinem Recht bis ins innerste durchdrungen gewesen ist. Gewiß ist er infolge der vielen Enttäuschungen und der fast drohenden Vernichtung seiner Existenz unter einer gewissen Depression, aber es gab wohl nicht einen Moment, wo ihm die Zurechnungsfähigkeit fehlte. Zeuge Superintendent Riese-Giersdorf war schon mit den Eltern des Grafen bekannt. Die alte Gräberin war nervös, leidenschaftlich und in letzter Zeit etwas geisteschwach, die Ehe der Eltern daher etwas schwierig. Der Angeklagte vermittelte sich ein Urteil über seine Eltern, doch der Vorsitz er nimmt den Zeugen, der sich milde genug ausgedrückt habe, in Schutz. Die junge gräfliche Familie, die sich im Sommer dort stets einige Zeit aufhielt, kennt der Zeuge weniger genau. Doch hat er beobachtet, daß die Kinder derselben mehr an Vater als an der Mutter hingen. Diese war anscheinend durch ihre eigene Person vollständig in Anspruch genommen. Bei späteren Besuchen klagte der Graf über seine unglückliche Ehe. Die Mutter kümmerte sich nicht um die Kinder, sondern überlasse sie vollständig unzuverlässigen Diensthofen. Diese hätten die Kinder im Stübchen eingeschlossen, um tanzen zu gehen. Auch auf der Straße sahen die Kleinen nicht immer so aus, wie es der Stand erforderte. — Mit Rücksicht auf die Bemerkungen, die der Zeuge über die Eltern des Grafen gemacht hatte, wurde auf Antrag des Sachverständigen die Öffentlichkeit für kurze Zeit ausgeschlossen.

Nachdem die Öffentlichkeit des Verfahrens wieder hergestellt war, wurde die Aufwarte Frau Wild, geb. Dahl, als Zeuge vernommen. Dieselbe spielte bereits im Ehescheidungsprozeß eine Rolle. Später hat sie dem Gräber eine eidesstattliche Versicherung abgegeben, deren Unterschrift notariell beglaubigt wurde. Die Zeugin schildert die Ehe des Grafen als eine unglückliche, nur die ersten 6 Wochen seien ungetrübt gewesen. Das meiste, was sie aussagt, stammt jedoch vom Dienstpersonal, aus eigener Anschauung könne sie wenig berichten. Daraus erklärt es sich wohl auch, daß sich ihre Aussagen durchaus widersprechen, sodas sie in einzelnen Punkten über dieselbe Sache drei verschiedene Aussagen gemacht, was der Vorsitz er scharf hervorhebt. Ein Beispiel sei nur hervorgehoben. Sie erwähnte, daß der kleine Stanislaus die nachgemachten Hörschen zur Strafe auf dem Arm tragen mußte. Diese Strafe soll nach ihrer Aussage beim Ehescheidungsprozeß der Vater befohlen haben. Bei der eidesstattlichen Versicherung heißt es, dies habe die Mutter angeordnet. Bei der heutigen Vernehmung gab sie an, daß das die Mutter wohl direkt befohlen habe, aber auf Anordnung des Vaters. Eine verfuhrte Beeinflussung durch den Grafen stellt sie entschieden in Abrede, auch von anderer Seite seien keine derartigen Verfuhrungen gemacht worden. Die Widersprüche in ihren Aussagen gibt die Zeugin zu, kann sie aber nicht auflären. Der Vorsitz er bemerkt, vielleicht habe die persönliche Gegenwart der Gräberin sie zu günstigeren Aussagen für dieselbe beeinflusst. Auch darauf schweigt die Zeugin.

Der Gerichtshof zog sich nun zur Beratung über die Frage zurück, ob die Zeugin zu vereidigen ist. Der Beschluß war, zur Vereidigung zu schreiten. Noch einmal wandte sich der Vorsitz er eindringlich an die Zeugin, um sie angeflächert ihrer widerprüchlichen Aussagen zu einem etwaigen Geständnis zu veranlassen. Da die Zeugin dabei bleibt, sie hätte nichts mehr hinzuzufügen oder zurückzunehmen, wird sie vereidigt.

Es ist ein Telegramm von dem Bruder des Grafen Major Pfeil-Breslau eingelaufen, wonach er seine Ankunft anzeige, um als Zeuge vernommen zu werden. Der Gerichtshof lehnt dies Anerbieten ab, stellt es aber dem Sachverständigen frei, mit dem Bruder in Verbindung zu treten, falls er sich davon einen Erfolg verspreche.

In der Nachmittagsstunde tritt zunächst der Zeuge H. P a c h o n e k auf. Seine Aussagen lauten zu ungunsten des Angeklagten, den er als heftig, jähzornig und mißtrauisch schildert. Er weiß von verschiedenen ehehlichen Szenen im Hause des Angeklagten und von Mißhandlungen der ersten Gemahlin zu berichten. Auch diesem Zeugen werden die trassellen Widerprüfungen in seinen Aussagen nachgewiesen. Bei dem Ehescheidungsprozeß hat er bei seiner Vernehmung vor dem Amtsgericht in Wirtzig nur sehr dürftige Angaben gemacht, nach 5 Jahren bei der eidesstattlichen Versicherung für Gräber hat er verschiedene Szenen im Hause des Angeklagten mit großer Anschaulichkeit ausgemalt. Der Vorsitz er konstatiert, daß, wenn der Zeuge seinerzeit auf die scharf präzipierten Fragen des Untersuchungsrichters keine positiven Angaben machen konnte oder wollte, sie aber später ohne zwingende Veranlassung eidesstattlich gab, so hat er sich in dem einen oder andern Falle des Meineids schuldig gemacht. Die Akten werden der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung überwiesen werden. Da auch aus der heutigen Verhandlung die Un glaubwürdigkeit des Zeugen hervorgeht, so wird von seiner Vereidigung Abstand genommen. Auf die Frage, ob der Angeklagte eine Beeinflussung verfuhrte habe, meint der Zeuge, es habe ihm geliegt, als ob derselbe den Verfuhr machen wollte, doch habe er es nicht dazu kommen lassen. — Die Zeugin Selma Grahl, geb. Schneider, welche im Hause des Angeklagten Kinderfräulein gewesen ist, rühmt die Gräberin als gute Mutter, die für die Kinder in jeder Weise gesorgt habe, wogegen der Graf den Kleinen sogar die Spielsachen mißgönnt habe. Das ehehliche Leben des gräflichen Paares war unerquicklich. — Zeugin Frau Franke, geb. Sigismund, war Bedientete im Hotel „Drei Kronen“ zu Jauer, in dem das gräfliche Ehepaar 8 bis 9 Wochen gewohnt hatte. Auch hier sollen heftige häusliche Szenen an der Tagesordnung gewesen sein. Der Angeklagte schlug die Gräberin mit der Reispflichte, er schloß sie, als er ausging, im Zimmer ein und stellte

